

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 1**

(Beginn: 9.35 Uhr - Ende: 12.00 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle herzlich und eröffne die 11. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Besonders begrüßen möchte ich heute Morgen unsere Gäste auf der Zuschauertribüne.

Am heutigen 9. November, dem Gedenktag an die Opfer der November-Pogrome im nationalsozialistischen Deutschland, heiße ich die Nachfahren der Mitglieder des Kleinen Kölner Klubs, die in dieser Woche als Gäste der Stadt Köln unsere Stadt besuchen und die wir morgen auch noch einmal gesondert bei einem Empfang begrüßen werden, besonders herzlich willkommen. A warm welcome to our international guests!

(Beifall)

Zudem begrüße ich sehr herzlich das Vorstandsmitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln, Frau Viktoria Ibrahimova, und den Leitenden Geschäftsführer des Vereins „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Herrn Andrei Kovacs.

(Beifall)

Ich begrüße ebenso herzlich alle, die am Livestream zuschauen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister - Herr Giesen ist schon hier; das ist schön - und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute auch unsere neuen Beigeordneten, Herrn Egerer für das Dezernat III und Herrn Charles für das Dezernat VII, zu ihrer ersten Ratssitzung - natürlich außer der Sitzung, in der sie gewählt wurden; danach durften sie uns dann aber wieder verlassen.

Die beiden werden gleich zu Beginn der Sitzung sicher die Gelegenheit nutzen und einige Sätze an Sie richten.

Meine Damen und Herren, zunächst möchte ich aber hier vor der höchsten demokratischen Institution dieser Stadt an die Bedeutung dieses 9. November erinnern.

Heute vor 83 Jahren war der Tag des Dammbruchs, als sich Hass, Hetze und Antisemitismus den Weg bahnten, als Gedanken und Worte in Gewalt umschlugen und als der Weg zu einem

perfidie organisierten und industrialisierten Massenmord geebnet wurde.

Es war der Tag, als auch Kölnerinnen und Kölner Synagogen anzündeten und schändeten, als jüdische Menschen von ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern angefeindet, getötet, verletzt oder inhaftiert wurden. Der 9. November 1938 war auch hier bei uns in Köln der Prolog zum menschenverachtendsten Kapitel deutscher Geschichte.

Heute gedenken wir der Opfer und ihrer Angehörigen, der Familien. Deswegen möchte ich Sie herzlich bitten, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich danke Ihnen.

Liebe Anwesende, der heutige Tag ist neben dem Gedenken auch eine Mahnung. Im Erinnern an die organisierte Unmenschlichkeit der Nationalsozialisten vergewissern wir uns, wo wir selbst stehen und welche Verantwortung wir selbst tragen.

Antisemitismus und Hass gibt es leider auch in Köln wieder, wenn sie überhaupt jemals ganz verschwunden waren. Was mir Sorge macht, ist, dass sich dieser Hass und diese Menschenfeindlichkeit in öffentlichen Debatten auch immer hemmungsloser entladen, dass sie immer öfter in Gewalt umschlagen und dass sie sich spürbar in unserer Gesellschaft verbreiten.

Die zunehmende Polarisierung - und es mag eine neue Lust an Empörung und Eskalation sein - führt zur Spaltung der Gesellschaft, zur Ausgrenzung und letztlich zu einer Entfremdung. Alles das ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft.

Viele fühlen sich bereits an Weimarer Verhältnisse erinnert.

Erich Maria Remarque schrieb in den 1920er-Jahren einmal:

Wir haben alle zu wenig Wärme für uns in unseren Herzen, ...

Das gilt heute möglicherweise wieder.

Es ist an uns allen, daran zu arbeiten und dies zu ändern. Öffnen wir also heute unser Herz, und fühlen wir mit den Opfern von Hass, Antisemitismus und Gewalt. Nur mit Empathie, Respekt und Mitgefühl kann Verbindung entstehen und der Polarisierung Einhalt geboten werden.

Folgendes möchte ich noch einmal sagen, meine Damen und Herren: Dass nur wenige Jahre nach

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 2**

dem Ende der Schoah jüdische Menschen wieder in unsere Stadt zurückkehrten und hier eine Synagoge bauten, ist für Köln ein großes Glück gewesen. Es ist für mich geradezu ein Wunder.

Ich bin den damaligen Pionierinnen und Pionieren überaus dankbar dafür, dass sie den Kölnerinnen und Kölnern eine zweite Chance gegeben haben. Denn ihnen ist es zu verdanken, dass wir in diesem Jahr 1 700 Jahre jüdisches Leben in Köln und Deutschland feiern können.

Das ist ein Grund, stolz zu sein, und ein Grund mehr, den heutigen Tag als unverzichtbare Gedankstütze für unsere demokratische Erinnerungskultur zu begreifen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie mir zugehört haben. Ich sehe auch in Ihren Gesichtern, dass Sie mit mir, mit uns, mit ihnen fühlen. Das ist ein wichtiges Zeichen. - Ja, manchmal kann ich auch richtig stolz auf diesen Rat sein.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Ratsmitglieder, wir haben uns für heute ja viel vorgenommen. Heute Morgen steht die Verabschiedung des städtischen Haushalts auf der Tagesordnung. Ab 14.30 Uhr folgt noch eine reguläre Ratssitzung, in der wir auch zahlreiche wichtige Beschlüsse fassen werden.

Ich freue mich darüber, dass wir heute damit die Voraussetzung dafür schaffen können, auch das nächste Jahr mit einem genehmigten Haushalt zu beginnen. Es gab ja Zeiten, in denen das keine Selbstverständlichkeit war. An dieser Stelle möchte ich mich bei all denen bedanken, die dazu beigetragen haben.

Besonders begrüßen möchte ich heute Frau Karadag und Herrn Hock und ihnen herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Übrigens: Meine Mutti wäre, wenn sie noch lebte, heute 101 geworden.

Ich möchte Sie noch über eine Änderung der Zusammensetzung des Rates informieren. Herr Dr. Akude hat sich im letzten Monat der CDU-Fraktion angeschlossen.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind für diese Sitzung heute Morgen Frau Abé, Herr Görzel, Frau Heuser, Frau Hoyer, Frau Niknamtavin, Herr Dr. Schlieben und Herr Sterck sowie bei der Verwaltung Herr Dr. Rau entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Pakulat, Frau Oedingen und Herrn Michel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, legen wir die Tagesordnung für diese Sitzung fest, meine Damen und Herren.

Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Weisenstein. - Ich habe gerade erfahren, dass Frau Tokyürek sich auch entschuldigt hat.

Wie in den Vorjahren schlage ich vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Heute hat ja traditionell die Politik das Wort. Bei der Einbringung des Haushalts haben Frau Stadtkämmerin Dr. Diemert und ich gesprochen. Wir schlagen vor, die Redezeiten zu verlängern, weil alle Anträge und Beschlussvorlagen in dieser Sitzung mit Haushaltsbezug erfasst werden sollen.

Ich schlage vor, die Redezeiten nach der Größe der Gruppierungen zu staffeln. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als größte Fraktion soll eine Redezeit von maximal 20 Minuten erhalten, die Fraktionen CDU und SPD jeweils eine Redezeit von maximal 15 Minuten, alle weiteren Fraktionen eine Redezeit bis zu zehn Minuten und die Einzelmandatsträgerinnen eine Redezeit bis zu sieben Minuten. Sie können die Redezeit innerhalb einer Fraktion natürlich auch auf mehrere Redner aufteilen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Gibt es Einwände gegen meinen Vorschlag? - Das ist nicht der Fall.

Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Entschuldigung; mein Mikrofon hat nicht funktioniert. - Frau Oberbürgermeisterin, wir würden gerne den Antrag unter TOP 1.1 zurückziehen. Er ist in der Sache erledigt.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gut. - Ist die SPD als Mittragsteller damit einverstanden?

(Mike Homann [SPD] nickt)

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 3**

- Okay. - Dann können wir das so mit der Tagesordnung abstimmen lassen.

Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eine Frage zum Corona-Schutz. Wurde in Erwägung gezogen oder wäre es rechtlich möglich, so eine Veranstaltung wie diese Ratssitzung auch nach der 2G-Regel durchzuführen?

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir haben zumindest die Voraussetzungen dafür nicht geschaffen. Aber ich schalte einmal ganz kurz mein Mikrofon aus, wenn Sie mir gestatten, mich kurz zu beraten. - Wir haben es deswegen nicht Erwägung gezogen, weil die Landesregelung das nicht hergibt.

Außerdem ist Ihnen ja bekannt, dass wir heute die Informationen über Ihre Impfungen erbitten, sage ich einmal vorsichtig. Insofern glaube ich - wir haben ja auch extra den Schutz beibehalten, dass wir die Maske tragen, wenn wir uns im Raum bewegen, also zum Beispiel, wenn Sie sich zum Rednerpult begeben -, dass wir aufgrund der ganz überwiegenden Impfungen, wie wir schon feststellen können - ich habe jetzt nicht mehr alle nachhalten können -, auf der sicheren Seite sind.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung dieser Ratssitzung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge - TOP 1.1 wird zurückgezogen, und die Redezeiten werden anders strukturiert - abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich gebe zunächst Herrn Egerer das Wort.

**Beigeordneter Ascan Egerer:** Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich natürlich besonders, dass ich hier gleich am Anfang - alle sind noch frisch - ein paar Worte zu Ihnen sagen darf.

Ich freue mich sehr darüber, zum ersten Mal in meiner neuen Funktion an einer Sitzung des Stadtrates Köln teilzunehmen, und bedanke mich an dieser Stelle auch noch einmal für die herzliche Begrüßung und das Vertrauen, welches Sie mir entgegenbringen.

Ich möchte Ihnen auch nicht vorenthalten, dass ich, als meine Entscheidung in der Verkehrsbranche bekannt war, durchaus auch mahnende, warnende Worte vor der Eigenart der Kölnerinnen und Kölner zu hören bekommen habe.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich lasse das einmal so stehen. Das scheint ja auch eine gewisse Tradition zu haben. Ich habe mitbekommen: Es war schon immer so, dass man gewarnt wird, bevor man hier eine entsprechende Tätigkeit aufnimmt.

Wie die meisten von Ihnen wissen, habe ich selber bereits eine längere Zeit in Köln gelebt. Ich fühle mich hier zu Hause. Insofern ist das für mich auch alles in Ordnung und keine Überraschung.

Nach den bisher geführten Gesprächen und Diskussionen kann ich auch sagen, dass das Thema „Verkehr und Mobilität“ hier überall großes Interesse hervorgerufen hat und insofern ein hochaktuelles Thema ist.

Mich persönlich hat das Thema Mobilität schon immer gefesselt. Viele Themen, über die wir in der heutigen Zeit sprechen, sind ja auch nicht wirklich neu. Es ist aber in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, dass wir in diesem Zusammenhang über unsere Zukunftsfähigkeit und die Lebensqualität vieler Menschen sprechen. Die Mobilitätswende ist somit kein punktuell Ereignis, sondern auch hier in Köln bereits in vollem Gange.

Auf positive Weise sehen und erleben wir, dass sich die Menschen mit dem Thema Klimaschutz und dem Thema Mobilität auseinandersetzen. Es haben sich viele Initiativen gebildet, die sich mit großem ehrenamtlichem Engagement in die Diskussion einbringen.

Ich persönlich würde das als Schatz bezeichnen, den die Stadt Köln hier ihr Eigen nennen kann.

Es zeigt aber auch, wie emotional und vielseitig die Themen Mobilität, Verkehr und Stadtgestaltung wahrgenommen werden und dass in der Wahrnehmung der Menschen offenbar noch vieles fehlt bzw. vermisst wird.

Vor einigen Wochen hat der *Kölner Stadt-Anzeiger* eine kleine Umfrage gemacht - leider nicht repräsentativ. Ich fand das aber sehr spannend. Ein großer Teil der Befragten hat spontan geäußert, dass es toll wäre, wenn Köln beim Thema Mobilitätswende eine Vorreiterrolle einnehmen würde. Ich kann da nur sagen: Herzlich gerne.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 4**

Sie selbst haben bereits mit Ihrem Beschluss, gemeinsam die Klimaneutralität der Stadt Köln bis 2035 zu erreichen, der nachhaltigen Mobilität zu einem starken Aufwind verholfen.

Der Notwendigkeit einer drastischen Reduktion der Emissionen im Verkehrssektor stehen beispielsweise die in Köln erneut gestiegenen jährlichen Pkw-Zulassungszahlen oder auch das schlechte Abschneiden beim Fahrradklima-Test gegenüber.

Es liegt an uns, gemeinsam die vorliegenden Konzepte weiterzuentwickeln und in der Umsetzung zügig Fahrt aufzunehmen.

Mit welchen Ansätzen ist das zu tun? Wie kommen wir hier zu einem Erfolg? Wo fängt dabei unsere Arbeit an?

Sehr gut beschreiben dies die sogenannten drei Vs, die in der Verkehrspolitik inzwischen gerne verwendet werden. Ich möchte sie ganz kurz vorstellen.

Erstens: Vermeiden. Es geht darum, unnötigen Verkehr zu vermeiden und für kurze Wege zu sorgen. „Stadt der kurzen Wege“ wäre ein Stichwort.

Zweitens: Verlagern. Das, was an Verkehr stattfindet, ist möglichst auf die umweltfreundlichen Verkehrsträger des Umweltverbundes zu verlagern. Entsprechende Angebote sind erforderlich. Das bedeutet, Wegeketten oder Reiseketten von A bis Z, von Anfang bis Ende, zu durchdenken und zu planen.

Drittens: Verbessern. Das ist die technologische Verbesserung. Dort gehört auch das Thema Antriebstechnologiewende hinein, das ja oft mit der Mobilitätswende verwechselt wird. Es ist nur ein Teilbereich. Aber hier brauchen wir die Elektromobilität und die Umstellung des Pkw- und Lkw-Verkehrs, der eben auch weiterhin erforderlich sein wird.

Ich ergänze diese Vs inzwischen gerne noch um weitere Punkte, und zwar zum einen: Vernetzen. Gemeint ist damit die Vernetzung der Angebote, um die maximale Einfachheit für die Anwenderinnen und Anwender herzustellen, sodass es gar keine Frage mehr ist, diese Angebote nicht auch zu nutzen.

Außerdem gibt es den Punkt: Versöhnen. Es geht doch um ein partnerschaftliches Miteinander ohne das heute oft wahrzunehmende gegenseitige Unverständnis, die Unsicherheiten oder bisweilen sogar Aggressivitäten, die wir im Verkehr erleben. Da frage ich mich: Warum tun wir uns das an?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ansätze hierfür sind klare Regeln, Gestaltung, Straßenräume und Platzangebot, aber auch Sicherheit.

Das Stichwort „Sicherheit“ führt zu einem weiteren Punkt, nämlich: Vision Zero. Nach meiner Überzeugung dürfen wir es nicht länger akzeptieren, dass Menschen unschuldig im Verkehrswesen unserer Stadt verletzt und getötet werden. Ein anderes Ziel als diese Vision Zero kann es aus meiner Sicht nicht geben. Alles andere wäre unwürdig - menschenunwürdig und auch unserer Stadt nicht würdig.

(Beifall)

Aus diesen Punkten ergibt sich insgesamt eine wirklich große Herausforderung, für die viel zu tun ist. Das ist, glaube ich, keine Überraschung und kein Geheimnis.

Es wird daher unsere gemeinsame Aufgabe sein, alternative Mobilitätsangebote konsequent zu stärken. Wir müssen dabei die Menschen dort abholen, wo sie sind - mit guten, ergänzten und zunehmend auch individualisierten Angeboten. Schaffen können wir das nur gemeinsam.

Lassen Sie uns die anstehenden Debatten und Diskussionen daher von allen Beteiligten offen und fair führen. Alle Argumente von Befürwortern und auch Gegnern einzelner Projekte gehören dafür gehört und bewertet - das ist meine Meinung -, damit Sie als Rat der Stadt auf einer guten Grundlage entscheiden können - im Sinne der besten Lösung für die Stadt Köln und der hier bereits angesprochenen Ziele und Wünsche der Menschen.

Wir benötigen dazu natürlich auch eine effiziente Verwaltung und vor allem auch ein sektorübergreifendes und interdisziplinäres Arbeiten.

Einer meiner ersten Wege nach meiner Wahl hier im Stadtrat führte mich dann auch ganz bewusst in das Dezernat, in die Verwaltung, um mich dort vorzustellen. Ich konnte in dem Rahmen dann auch schon schnell einige Kolleginnen und Kollegen - noch längst nicht alle, aber immerhin - kennenlernen und bin dabei schon auf viel Motivation, viel Fachwissen und viel Methodenkompetenz gestoßen. Es liegen bereits viele sehr gute und ausgearbeitete Konzepte vor.

Von diesen vor- und mitdenkenden Beschäftigten, die wir dort haben, brauchen wir natürlich noch viel mehr. Wir haben zahlreiche unbesetzte Fach-

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 5**

stellen. Wir brauchen Planerinnen und Planer sowie Ingenieurinnen und Ingenieure. Damit wir hier auch richtig Fahrt aufnehmen können, hoffe ich auf Ihre Unterstützung für eine attraktive Verwaltung der Stadt Köln auch als Arbeitgeberin.

Lassen Sie uns also bestmöglich zusammenfinden und vielleicht auch an der einen oder anderen Stelle zusammenraufen, damit wir das Ziel erreichen, Köln auch in Zukunft lebenswert und attraktiv zu gestalten - als Stadt, in der die Menschen gerne leben und arbeiten, die sie gerne besuchen, in der sie Kunst und Kultur, Events, Handel und Gastronomie wahrnehmen und erleben und in der sie den Dingen, die sie bewegen, nachgehen können.

Bereits in wenigen Jahren wird klar sein, ob wir beim Thema Klimaschutz erfolgreich sein werden oder scheitern.

Meine Damen und Herren, in vielen Dingen müssen wir gemeinsam umdenken, also auch mobil in unseren Köpfen sein. Mein Team und ich werden Ihnen dafür gerne zur Verfügung stehen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen in den nächsten Jahren und bin überzeugt, dass wir gemeinsam eine Menge bewegen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, nur zu Ihrer Information: Wir haben die Vorhänge zuziehen lassen, damit die Sitzung im Livestream übertragen werden kann; denn sonst würde es zu stark spiegeln. Ich glaube, dass das damit in unser aller Sinne ist, auch wenn wir uns wahrscheinlich alle erst etwas gewundert haben. Aber das hat dann doch seinen tieferen Grund.

Jetzt bitte ich Herrn Charles, nach vorne zu kommen.

**Beigeordneter Stefan Charles:** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Gäste! Ihnen allen wünsche ich einen guten Morgen und bedanke mich herzlich bei Frau Oberbürgermeisterin für die Einladung zu dieser Ratssitzung und dafür, dass ich hier sprechen darf.

Ich bin kürzlich gefragt worden, welches Bild ich von Köln hatte, als ich meine Stelle hier antrat. In der Tat hatte ich zu diesem Zeitpunkt schon ein

sehr positives Bild von der Stadt, ihrer historischen Bedeutung und ihrer kulturellen Vielfalt.

Dieser Eindruck hat sich in den ersten Wochen - ich glaube, es sind jetzt sechs - meiner Tätigkeit noch verstärkt. Mir war klar, dass die wachsende Stadt Köln ein Schmelztiegel der unterschiedlichsten Strömungen in Kunst und Kultur ist. Es ist eine besondere Verantwortung, diese Strömungen und die Geschicke der Kultur in dieser Stadt in den kommenden Jahren mitgestalten zu dürfen.

Dennoch war es für mich eine Überraschung, welch erstaunliche Menge an Möglichkeiten, sowohl an Kunstschaffen als auch an kulturellen Angeboten, mich hier erwartet hat. Wenn ich Künstler wäre und in Deutschland Fuß fassen wollte, würde ich nach Köln kommen.

(Beifall)

Sie glauben nun vielleicht, dass ich die kölsche Seele mit dieser Aussage streicheln möchte.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Aber dies entspricht tatsächlich meiner Einschätzung.

Natürlich ist mir bewusst, wie schmerzlich die Verluste in der Kunst- und Kulturszene sowie in den Kulturbetrieben durch die Pandemie waren und noch immer sind. Aber ich habe durch die vielen freundlichen Einladungen und durch die offene und herzliche Aufnahme in der Stadt schon die Möglichkeit gehabt, viele Gespräche zu führen. Und es zeugt von großem Optimismus, Willen und Engagement, wie schnell viele Akteure auf die veränderten Rahmenbedingungen mit neuen Konzepten zur Sichtbarmachung von Kunst und Kultur reagiert haben.

Doch nicht nur die kreativen Lösungen zum Umgang mit Distanzregeln beeindrucken, sondern ich habe auch den Eindruck gewonnen, dass vielerorts die Startblöcke gerichtet und besetzt waren, um beim ersten Signal wieder dabei sein zu können.

Hier denke ich zum Beispiel an die wunderbare Theaterpremiere am 30. Oktober 2021 von Stefan Bachmann, als die Schauspieler\*innen mit größter Lust am Spielen endlich wieder auf der Bühne standen.

Köln erfahre ich in der Kunst und Kultur als enorm zukunftsorientiert.

Um aus meinem persönlichen Start in das neue Aufgabengebiet in einen guten Lauf zu kommen,

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 6**

setze ich auf eine konstruktive Zusammenarbeit und offene Kommunikation mit Politik, Gremien, der gesamten städtischen Verwaltung und meinem Team, meiner Mitarbeiterschaft. Ich möchte Chancen ergreifen und vorhandene Stärken nutzen.

Dazu gehört aber unbedingt auch, den Dialog nicht nur mit Politik und Verwaltung zu führen, sondern auch mit den Kunst- und Kulturschaffenden der freien Szene; denn gerade hier eröffnet sich eine unfassbare Bandbreite an Qualität und Vielfalt künstlerischen Schaffens.

Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, dass wir die schon begonnen Projekte, die direkt auf diese Schaffenskraft einzahlen, fortführen und, wo nötig, weiterentwickeln.

Welche Projekte sind es, die ich hier meine? Wir benötigen eine nachhaltige Förderstruktur für Künstler\*innen, um den Nährboden für künstlerisches Schaffen zu legen und die kulturelle Emergenz zu ermöglichen.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt ist die Fortführung der Kulturentwicklungsplanung, sozusagen auf der Metaebene, aus der dann viele andere Projekte folgen können.

Wesentlich für die freie Szene ist die Entwicklung einer Strategie für Rahmenangebote und Präsentationsorte.

Da ist beispielsweise die Konzeptionierung des Rahmenmanagements zu nennen, die schon begonnen wurde und die viele Ansätze auch aus anderen Bereichen mitdenken muss, um am Ende ein Ergebnis zu erzielen, das dann auch nachhaltig funktioniert.

Da wäre auch das Leitbild für kulturelle Teilhabe, das von Expert\*innen aus den Bereichen Interkultur, Inklusion und Barrierefreiheit gemeinsam mit Künstler\*innen erarbeitet werden soll. Selbstverständlich gehört dazu ebenfalls die Einbeziehung von Menschen, die Erfahrung mit Ausgrenzung haben. Damit greifen wir dann auch den partizipativen Gedanken wieder auf, der schon in der Erarbeitung der Kulturentwicklungsplanung ein wesentlicher Motor war.

Auch das Kulturmarketing verstehe ich als zentrale Aufgabe, um die Kölner Kunst überregional und, wo es geht, auch international in Szene zu setzen. - Dies sind nur einige Beispiele, die positiv wirken sollen.

Sehr geehrte Anwesende, ich habe meine Aufzählung nicht etwa deshalb mit der freien Szene

begonnen, weil ich unsere städtischen Projekte und Institutionen weniger wichtig finde, sondern, weil ich damit auch unterstreichen möchte, dass ich die Institutionen und die freie Szene als gleichberechtigte Player gleichermaßen wertschätze.

Darüber vergesse ich nicht die enorme Qualität der städtischen Institutionen - und auch nicht die teils kritisierten Kulturbauprojekte.

Für die städtischen Einrichtungen gilt: Was angefangen wurde, muss konsequent weitergeführt werden, und Projekte müssen zum Abschluss kommen.

Ich weiß, dass mich hier große Herausforderungen erwarten. Dieser Verantwortung werde ich mich stellen.

Wir werden uns Wege überlegen müssen, wie wir auch die Bürgerschaft wieder für die Bauten und Nebengebäude begeistern können und Vertrauen schaffen. Trotz dieser Widrigkeiten, die sich aus den verschiedensten Gründen ergeben haben, gibt es vermutlich keine Kölner Bürgerin oder keinen Kölner Bürger, die oder der sich hier nicht bald ein Happy End wünschen würde.

Im Bereich der Kulturbauten bewegen wir uns heute immer in einem Spannungsfeld; denn einerseits lebt die Kultur von Präsenzangeboten, die Kunst und Kultur in besonderer Atmosphäre erfahr- und erlebbar machen, und andererseits müssen wir auch übergeordnete Ziele wie zum Beispiel - wir haben es vom Kollegen gehört - die Klimaneutralität erreichen.

Sie wissen, wie wichtig es sein wird, die dringlichen Aufgaben unserer Zeit anzugehen. Besonders den Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit werde ich mich verstärkt über alle Bereiche des Kulturbetriebes widmen; denn hier geht es um unsere Zukunft.

Da werden wir auch prüfen müssen, ob wir im eigenen Dezernat schlagkräftig genug aufgestellt sind, um den Herausforderungen der nächsten Jahre gerecht zu werden.

An dieser Stelle möchte ich Sie auch darum bitten, Kunst und Kultur grundsätzlich bei allen Bau- und Entwicklungsprojekten mitzudenken.

(Vereinzelt Beifall)

- Danke. - Ich setze hier auf eine enge Zusammenarbeit mit der Politik.

Die großen städtebaulichen Planungen sind ohne den Faktor Kultur nicht denkbar. Denn Kultur steht

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 7**

letztlich für die Lebensqualität der Menschen hier in Köln. Kultur steigert die Attraktivität der Projekte und gibt Investoren auch die Chance, der reinen Funktionalität einen gleichberechtigten Aspekt hinzuzufügen. Gerade in der Pandemie hat sich doch gezeigt, wie schmerzlich wir alle Kunst und Kultur vermisst haben. Für viele Menschen sind sie definitiv ein Grundbedürfnis.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Ratsmitglieder, für die Kunst und Kultur in Köln möchte ich mich mit Tatkraft, Elan und neuen Ideen voll und ganz einsetzen. Wir benötigen Konzepte, und wir benötigen Strategien, um die Kultureinrichtungen und -akteur\*innen für die Zukunft aufzustellen.

Dies können wir nur gemeinsam schaffen. Denn eine gute Kulturpolitik lebt vom Einbezug und von Transparenz.

Heute möchte ich an Sie appellieren, mich bei diesem Unterfangen zu unterstützen - mit offener Kommunikation und gerne auch einmal mit konstruktiver Kritik.

Nach allem, was ich in meinen ersten sechs Wochen in Köln erleben durfte, bin ich sehr zuversichtlich, dass Sie als Kölner\*innen mir diese offene Grundeinstellung entgegenbringen. Ich freue mich sehr auf eine ergebnisreiche Zusammenarbeit und auf unseren zukünftigen Austausch. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach diesen wundervollen Ausblicken beginnen wir nun mit den Haushaltsreden. Es geht also positiv weiter.

Ich gebe zunächst Frau Martin das Wort. Frau Martin, bitte.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Kämmerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum und an den Bildschirmen! Vor uns liegen Hunderte Seiten eines Haushaltsplans und der dazugehörigen Satzung, über die wir heute die Ehre, aber auch die Pflicht haben, abzustimmen.

Ich möchte an dieser Stelle meinen ganz großen Dank an die Kämmerin und an alle anderen, die an diesem Werk mitgewirkt haben, richten. Der

vorliegende Haushalt ist grundsollide, er ist nachhaltig, und er ist generationengerecht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Er ist kein Sparhaushalt. Trotz geringerer Einnahmen müssen wir keine Budgets kürzen. An der einen oder anderen Stelle können wir sogar noch etwas drauflegen. So bekommen unsere Gestaltungsideen eine reale Chance auf Umsetzung. Herzlichen Dank dafür.

Heute geht es also ums Geld. Es geht um Zahlen. Ich werde in der verbleibenden Zeit meiner ja sehr großzügig bemessenen Redezeit zwar nicht jede dieser vielen Zahlen kommentieren können, aber einige wenige ausgewählte Zahlen vorstellen.

Beginnen möchte ich mit einer Zahl, die nicht im Haushalt steht, aber sehr viel mit ihm zu tun hat. Das ist die 1,5. Diese Zahl markiert eine rote Linie, die 2015 in Paris definiert wurde. Wenn wir den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad begrenzen, wird es trotzdem mehr Wetterextreme, mehr Hitze und mehr Überschwemmungen geben; der Meeresspiegel wird trotzdem steigen, Menschen werden trotzdem heimatlos werden, und es werden trotzdem Pflanzen- und Tierarten aussterben. Dann wird es nur nicht ganz so schlimm.

Meine Damen und Herren, das ist die Realität. Der Klimawandel lässt sich nicht mehr verhindern. Er lässt sich nur noch abmildern.

Umso mehr müssen wir hier in Köln, wie alle anderen auch, unseren Beitrag genau dazu leisten. Wir in Köln müssen alles tun, um unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Bis 2035 soll Köln klimaneutral sein. Dafür wurden wir Grünen bei der letzten Kommunalwahl von fast einem Drittel der Wählerinnen und Wähler gewählt. Bei diesen Menschen stehen wir im Wort - aber auch bei der jungen Generation. Sie zeigt uns das immer wieder bei ihren Demonstrationen hier bei uns in Köln und aktuell in Glasgow.

Wer also denkt - und ich weiß, dass das der eine oder andere hier im Raum tut -, Klimaschutz könne morgen anfangen, hat sich geirrt.

Wir fangen heute damit an, und wir setzen der 1,5 20 Millionen entgegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 8**

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Summe, die im Haushalt - und nicht nur im diesjährigen, sondern auch in seiner Fortschreibung - für ganz konkrete zusätzliche Maßnahmen des Klimaschutzes steht. 20 Millionen Euro Jahr für Jahr!

Diese Mittel benötigen wir zum Beispiel für eine Solaroffensive. In Köln ist das Potenzial, Energie aus Sonnenkraft zu erzeugen, nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft. Wir müssen Köln von einer Solarwüste zu einer Solaroase machen, und zwar schnell. Das kostet natürlich Geld. Unter anderem dafür sind die 20 Millionen Euro gedacht.

Weil der Klimawandel nicht nur nicht mehr zu verhindern ist, sondern seine Folgen auch deutlich spürbar sind - ich erinnere an den brütend heißen Sommer vergangenes Jahr und an die verheerende Flut in diesem Jahr -, haben wir als Grüne gemeinsam mit CDU und Volt nochmals weitere 500 000 Euro dem Haushalt zugesetzt - 500 000 Euro für Dach- und Fassadenbegrünung, für Bäume, für Wasserflächen, für Springbrunnen, für Trinkwasserspender, für hellere Straßenbeläge, die sich nicht so aufheizen wie der schwarze Asphalt, für Anlagen zum Zurückhalten von Regenwasser und für die Umsetzung der Schwammstadt-Idee.

Das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist kein spinnertes Ökozeug. Das ist die Zukunft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

Wenn wir weiterhin in einer Großstadt wie Köln ein erträgliches Leben führen wollen, sind diese Maßnahmen essenziell.

Die nächste Zahl, die ich Ihnen vorstellen möchte, hängt auch mit dem Klimaschutz zusammen: 1 Million. Das ist die Summe, die wir zusätzlich im Bereich der Digitalisierung investieren wollen. Das ist die Summe, mit der aus Köln eine Smart City werden soll, eine Stadt, die Herausforderungen mit fortschrittlicher Technologie begegnet.

Digitalisierung ist der Schlüssel zu intelligenter Mobilität, zu einer serviceorientierten Verwaltung und zu mehr Klimaschutz. Deshalb finden wir: 1 Million Euro für ein zusätzliches Digitalisierungspaket lohnen sich.

Weitere 12 Millionen Euro stehen übrigens für den Ausbau des Gigasetzes im Haushalt. Ohne schnelles Internet wird es nämlich auch keine Smart City geben.

Was nicht weniger essenziell ist und was uns vor allem am Herzen liegt, ist die Linderung der Not der armen Menschen in unserer Stadt. Eine Zahl, die uns betroffen macht, ist die 7 193. So viele Menschen gelten in Köln als wohnungslos - Tendenz: steigend.

Um diesem Problem strukturell begegnen zu können, setzen wir unter anderem auf das bewährte Prinzip des Housing First. Es ermöglicht obdachlosen Menschen, wieder ein Zuhause zu finden, mit einem eigenen Mietvertrag ohne Vorbedingungen. Dieses neue Zuhause kann dann Ausgangspunkt für weiterführende Hilfen und für eine Unterstützung auf dem Weg in ein hoffnungsvolleres Leben sein.

Im Haushaltsplan sind 200 000 Euro dafür vorgesehen. Wir haben weitere 300 000 Euro ergänzt. Das macht 500 000 Euro - plus weitere 1 Million Euro für Obdachlose. Das sind die Zahlen, die wir der 7 193 und ihrer steigenden Tendenz entgegensetzen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird trotzdem nicht für alle reichen - leider. Aber wir können mit diesem Geld zum Beispiel soziale Träger dabei unterstützen, im Rahmen von Housing First multifunktionale Teams aufzubauen, zu denen beispielsweise auch Immobilienkaufleute gehören. Denn - das wissen Sie alle - Mietwohnungen für Menschen von der Straße finden Sie nicht bei ImmoScout.

Was in Städten wie Berlin bereits große Erfolge im Kampf gegen Obdachlosigkeit gebracht hat, werden wir hier in Köln auch zum Erfolg führen.

Doch, meine Damen und Herren, auch wer eine Wohnung hat, lebt in Köln nicht immer problemfrei. Das zeigt die nächste Zahl: 13,53. Das ist der Preis, den Mieter\*innen durchschnittlich pro Quadratmeter bezahlen müssen - kalt wohlgemerkt. Viele können sich das kaum leisten.

Was dagegen helfen würde, wäre ein Mietendeckel. Solange es ihn nicht gibt, muss die Antwort hier in Köln lauten: Bauprozesse beschleunigen, geförderten Wohnungsbau realisieren, Milieuschutzsatzungen erlassen, Zweckentfremdung von Wohnraum kontrollieren und auch ahnden, Investitionen in preisgedämpften Wohnungsbau tätigen, gemeinschaftliche und innovative Wohnformen fördern.

In Zahlen heißt das: 33 Millionen. So viel steht im Haushaltsplan dafür zur Verfügung. - Liebe SPD, das ist nicht nichts, wie ihr vielleicht gleich behaupten werdet.



**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 9**

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

Nichts ist auch nicht die nächste Zahl, die ich Ihnen vorstellen möchte: 900 000. Das ist die Summe, die wir als Bündnis dem Verkehrsbereich zusätzlich geben. Damit wollen wir noch mehr Radwege bauen, neue Buslinien planen, die KVB-Bahnen sauber halten, Fahrradparkhäuser realisieren und Rasengleise anlegen.

Warum? Weil wir für eine moderne Mobilität stehen, die den Raum gerecht für alle aufteilt und nicht, wie bisher, eine Gruppe von Verkehrsteilnehmer\*innen bevorzugt, nämlich die Autofahrer\*innen. Damit muss Schluss sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss Schluss sein, wenn wir das Klima schützen, die Luftqualität verbessern und unsere Lebensqualität aufwerten wollen.

Aber natürlich wissen auch wir: Die Menschen lassen ihr Auto nur dann stehen, wenn sie gute Alternativen haben. Und die kosten Geld. Eine Mobilitätswende gibt es nicht umsonst. Deshalb geben wir fast 1 Million Euro zusätzlich dafür aus - zusätzlich zu den 21 Millionen Euro, die bereits im Haushaltsplan für besseren Verkehr vorgesehen sind.

Natürlich setzen wir auch das beliebte Förderprogramm für Lastenräder fort.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Doch wir leisten uns noch mehr. Wir leisten uns auch - das zu betonen, ist mir besonders wichtig - einen auskömmlichen Kunst- und Kulturbetrieb in dieser Stadt. München, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat seinen Kulturetat um 6,5 Prozent gekürzt. Wir haben unseren Kulturetat erhöht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

Das ist ein deutliches Signal an unsere Künstlerinnen und Künstler: Wir brauchen euch, wir schätzen euch, und wir unterstützen euch bei eurer wertvollen Arbeit für uns alle, für Köln und für die Welt, die hier zu Gast ist.

Hier möchte ich folgende Zahl nennen: 8,2 Millionen. Das ist die Summe, die wir zusätzlich zum Kulturetat von 230 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit fördern wir die freie Szene genauso

wie die institutionelle Kunst. Wir geben Mietzuschüsse für Atelierräume. Wir fördern Open-Air-Veranstaltungen. Wir ermöglichen, dass die Bibliotheken samstags geöffnet haben und dass der Kölner Karneval nächstes Jahr sein 200. Jubiläum feiern kann.

Wir ermöglichen auch, dass die Kölner Kultur bis nach Venedig reisen darf. Im nächsten Jahr hat nämlich unser Museum Ludwig die Ehre, den Deutschen Pavillon zu kuratieren. Das finde ich eine ganz besondere Ehre. Wir unterstützen das gern mit einer Viertelmillion.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

Welchen Wert Kunst und Kultur haben, haben wir gerade in der Corona-Krise schmerzlich gespürt. Wir alle haben es vermisst, ins Theater, ins Kino, ins Museum und zu Konzerten zu gehen.

Fast fühlt sich das alles wieder normal an. Aber die nächste Zahl, die ich Ihnen vorstellen möchte, erinnert uns daran, dass es noch nicht vorbei ist: 185,6. Das ist die Inzidenz von heute, meine Damen und Herren. Auch wenn diese Zahl dank der Impfungen ihren Schrecken etwas verloren hat und uns vor einem Jahr noch viel mehr in Panik versetzt hätte, zeigt sie, dass Corona mehr ist als nur eine Episode. Die Zäsuren, die die Epidemie geschlagen hat, werden lang anhaltend sein.

Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht sich auch im Stadthaushalt bemerkbar. Für 2022 hatten wir einen Haushaltsausgleich angestrebt, also einen Haushalt, der weder Schulden macht noch an Vermögen zehrt. Doch Corona hat uns sinkende Einnahmen und vermehrte Ausgaben beschert. So sind wir gezwungen, nun doch an unser Gespartes zu gehen.

Aber anders als viele andere Kommunen wird dabei die Grenze des 5-prozentigen Vermögensverzehrs nicht überschritten. Dieser Haushalt ist trotzdem enkeltauglich. Das freut mich als Politikerin und Großmutter ganz besonders.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei Teilen der CDU)

Ich möchte Sie alle einladen, diesem Haushalt zuzustimmen. Wir Grüne tun das. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 10**

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Zuschauertribüne und am Livestream! Ich möchte meine Rede mit Dank beginnen.

Zunächst geht Dank an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, für Ihre angemessenen Worte zum heutigen Gedenktag. Gerade in einem Jahr, in dem wir 1 700 Jahre jüdisches Leben nördlich der Alpen feiern, ist es notwendig, klare Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Das haben Sie heute Morgen getan. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Danken möchte ich auch unserer Verwaltung unter der Führung unserer Oberbürgermeisterin Henriette Reker und unserer Stadtkämmerin Dörte Diemert für den Haushalt. Sie haben ihn rechtzeitig - und das ist für Köln ja erst seit ein paar Jahren Usus - vorgelegt, und Sie haben es geschafft, einen ausgewogenen und der Situation der Stadt angemessenen Haushalt vorzulegen. Dafür geht ein herzlicher Dank an Sie, aber auch an die ganze Mannschaft, die die Themen im Hintergrund vorbereitet hat.

Dank geht ebenfalls an unsere Bündnispartner Bündnis 90/Die Grünen und Volt für den sehr angenehmen Beratungsprozess, aber auch den sehr guten gemeinsamen politischen Veränderungsnachweis, den wir hier auf den Weg gebracht haben.

Dieser Haushalt mit dem politischen Veränderungsnachweis und auch der Verwendung der Kulturförderabgabe transportiert eine klare und deutliche Botschaft: Mit dem Etat bringen wir Köln voran, haushalten nachhaltig und finanzieren starke Initiativen zum Wohle unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Dreiklang, den wir als CDU seit Jahren mit unseren Bündnispartnern verfolgen und nun mit Unterstützung von Volt weiter fortsetzen.

Schwerpunkte, die uns als CDU besonders wichtig sind, sind klar erkennbar: stabile Steuern, solide Finanzierung und gleichzeitig - das ist gerade in Zeiten der Pandemie wichtig - steigende Investitionen insgesamt, aber auch für bestimmte Projekte. Dazu gehört nicht nur der Umweltschutz; auch die Themen Sicherheit und Sauberkeit und vor allen Dingen das Thema Kultur gehören zu

dieser Stadt dazu. Diese Schwerpunkte werden hier gesetzt. Das sind gute Schwerpunkte für unsere Stadt.

Warum sind es gute Schwerpunkte? Köln wird in den Medien seit Jahren immer wieder als eine Stadt dargestellt, in der vieles nicht läuft. Mit diesem Haushaltsansatz setzen wir den Kurs der Modernisierung unserer Stadt fort und schaffen damit eine solide Basis für die nächsten Generationen.

Schauen wir uns einmal den wichtigen Bereich der Wirtschaft an. Wir haben unter großer Kritik vor ein paar Jahren die Wirtschaftsförderung in eine GmbH ausgegliedert.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das war ja nicht so toll!)

Wenn man sich das Ergebnis unserer Wirtschaftsförderungs-GmbH gerade in der Beratungsleistung während der Pandemie des letzten Jahres anschaut, erkennt man, was für eine großartige Entscheidung das war

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

und welch guten Job hier der ganze Bereich Wirtschaft für die Kölnerinnen und Kölner geleistet hat. Denn das kommt nicht nur den Wirtschaftsunternehmen zugute. Es sichert auch Arbeitsplätze.

Unser größtes Ziel in der Pandemie war es, Strukturen zu erhalten und damit der Pandemie nachhaltig keine Chance zu geben. Das ist uns im Dreiklang mit den übergeordneten Ebenen Bund und Land, aber auch mit unseren Strukturen hier in Köln bestens gelungen.

Dazu gehört neben einer Wirtschaftsförderung auch - genau deshalb erwähne ich es heute hier -, dass wir Investitionen in der Pandemie trotz niedrigerer Steuereinnahmen weiter fortgesetzt haben und damit auch die Zukunft unserer Stadt aktiv positiv gestalten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Zu den Initiativen: Bleiben wir gerade einmal bei dem Thema Wirtschaft, das mit vielen anderen Dingen verknüpft ist. Wir werden mit unserem Haushalt - auch das ist ein klares Zeichen, dass wir die Zukunft in Köln aktiv gestalten wollen, weil das einer der großen Vorteile ist, die wir in Köln gegenüber dem ländlichen Raum, aber auch vielen anderen Kommunen haben - mehr als 130 Mil-

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 11**

lionen Euro weiter im Bereich Digitalisierung investieren. Diese Investitionen sind der Schlüssel für unsere Zukunft.

Heute ist die Digitalisierung entscheidend - angefangen mit unserem Glasfasernetz, das nicht nur in den Gewerbegebieten, sondern nahezu flächendeckend in ganz Köln verfügbar ist. Das ist ein Standortvorteil, der in den letzten Jahren aufgebaut worden ist und der wichtig ist, auf dem wir uns aber nicht ausruhen dürfen. Es müssen weitere Investitionen erfolgen, damit diese Infrastruktur auch perfekt genutzt werden kann, um diese Stadt voranzubringen.

Wenn wir bei der Infrastruktur sind, kommen wir zu einem Bereich, der über Jahrzehnte in dieser Stadt vernachlässigt worden ist. Das ist der gesamte Bereich der Bildung. Über 40 Jahre lang ist von der heutigen Opposition in den Kölner Bildungssektor, in den Schulbau nichts investiert worden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Es wurde akzeptiert, dass von der ersten Überlegung bis zur Umsetzung einer Schule 13 Jahre, also die gesamte Schullaufbahn eines Schülers oder einer Schülerin, verstreichen sollten, bis etwas Neues kam.

Wir haben, als wir 2015 hier Verantwortung übernehmen durften, ein Volumen von 50 Millionen Euro jedes Jahr in die Hand genommen - bei einem Sanierungsstau von weit über 3 Milliarden Euro.

Schauen wir uns einmal an, was wir im letzten Haushalt bzw. in diesem Jahr tatsächlich umgesetzt haben werden und im nächsten Jahr in den Planungen haben. Heute sind wir durch die Schulbaupakete bei 300 Millionen Euro plus.

In den vergangenen Jahren haben wir immer nur sagen können: Wir haben die Entscheidung getroffen; es läuft. - Aber heute sieht man, wenn man durch die Stadt geht, egal durch welche Stadtbezirke, wie die neuen Schulen aus dem Boden schießen und alte Gebäude - - Nehmen wir einmal die Bildungslandschaft Altstadt Nord. Dort ist ein wunderbarer neuer Bildungsort entstanden. Wir haben auch viele weitere Projekte, die in den letzten Jahren realisiert worden sind.

Und das ist das Entscheidende. Wir dürfen nicht nur als Politik die Voraussetzung liefern, sondern wir haben jetzt eine Verwaltung, die die Projekte auch umsetzt.

Genau das bringt dieser Haushalt klar zum Ausdruck. Wir haben Investitionen. Wir unterstützen sie als Politik mit guten Rahmenbedingungen und mit finanziellen Mitteln. Wir haben eine leistungsfähige Verwaltung, die die Projekte umsetzt.

Das gilt auch im Kulturbereich. Ich bin sehr froh darüber, dass wir auch eine herausragende Persönlichkeit für den Bereich Kultur hier in Köln gewinnen konnten. Insofern werden wir, glaube ich, auch im Kulturbereich wieder neue Akzente setzen und auch die Kulturbauten nach vorne bringen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Aber es sind nicht nur die großen Punkte wie die Digitalisierung, die für uns entscheidend sind. Es sind auch die vielen kleinen Themen, die wir mit dem Haushalt unterstützen.

Einer der wichtigsten Bereiche, die wir hier haben, ist das Kölner Ehrenamt. Was wäre unsere Stadt ohne die Hunderttausenden Ehrenamtler, die sich in allen möglichen Bereichen dieser Stadt engagieren und diese Stadt voranbringen, beispielsweise im Sportbereich, im Kulturbereich, im Jugendbereich oder in der Integrationsarbeit?

Für diesen Haushalt gilt über die verschiedenen Etatpositionen hinweg, egal ob im Sozialetat, im Jugendetat, im Kulturretat oder in unserem politischen Veränderungsnachweis: Wir setzen hier Akzente und haben durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen dafür gesorgt, dass hier eine entsprechende Stärkung erfolgt.

Und genau das ist es, was wir für die Zukunft brauchen. Wir brauchen eine Stadt, die sich engagiert und in der ein Zusammenhalt da ist.

Das führt mich zum nächsten Bereich, dem gesamten Sozialbereich. Auch das war uns - Politik und Verwaltung ziehen da an einem Strang - in den letzten Jahren immer wichtig. Wir haben in Köln - auch dieser Haushalt setzt hier wieder klare Zeichen - niemanden zurückgelassen. Wir nehmen Menschen mit.

Was die Menschen auf der Straße angeht, geschieht dies über Housing First und andere Projekte. Sozialarbeit erfolgt in allen Bereichen. Wir kümmern uns mit Streetworkern um die Drogenabhängigen, um ihnen eine faire Chance zu geben, auch entsprechend teilzuhaben. Das sind Punkte, die für unsere Stadt wichtig sind und zur kölschen Lebensart, zu unserem Kern und zu unserem Zusammenhalt in der Stadt dazugehören.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 12**

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Zu unserer Stadt gehört auch - das möchte ich hier noch einmal ganz deutlich betonen, weil es in anderen Städten anders ist - dieses wunderbare Kulturangebot. Die Kultur ist einer der Markkerne unserer Stadt, genauso wie der Sport. Im Kulturbereich haben andere Städte gerade während der Pandemie angefangen, Leistungen zusammenzustreichen. Wir gehen genau den entgegengesetzten Weg.

An dieser Stelle gestatte ich mir auch einmal einen Seitenhieb auf die Opposition. Wer die Kulturförderabgabe nutzt, um andere Dinge zu finanzieren, und damit die freie Szene komplett ohne Finanzmittel lässt, hat diese Stadt nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die freie Szene ist einer der wichtigen Bausteine - nicht der einzige Baustein, aber ein wichtiger Baustein. Dieser Humus ist entscheidend. Es ist die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und der freien Szene, die Köln ausmacht.

Wir haben während der Pandemie gesehen und gelernt: Von den über 15 000 Förderstipendien, die wir für Kulturschaffende auf Landesebene verteilt haben, sind fast die Hälfte aller Anträge in Köln gestellt und bewilligt worden. Das heißt, dass wir ein Potenzial von mindestens 7 500 Kulturschaffenden haben. Ich will sagen: Es sind noch viele weitere mehr.

Genau das gilt es hier durch viele Einzelmaßnahmen - egal ob es die einzelne Förderung von Theatern oder von Initiativen ist - zu stärken.

Ein wichtiger Baustein - Stefan Charles sprach es gerade an - sind sicherlich die Kulturräumlichkeiten. Wir brauchen mehr Probenräume und mehr Atelierflächen, damit die Chance, Kultur entstehen zu lassen und Kultur zu praktizieren, hier auch erfolgreich genutzt werden kann. Da setzt gerade unser politischer Veränderungsnachweis einen zusätzlichen Akzent.

Neben der Kultur ist die Sportstadt ein wichtiges Thema. Wir haben in den letzten Jahren begonnen, hier etwas zu tun. Dieser Haushalt setzt das weiter fort. Wir haben es mit einem erweiterten Programm im politischen Veränderungsnachweis noch einmal zusätzlich unterlegt. Wir wollen die Sporteinrichtungen und die Sportstadt Köln weiterentwickeln - nicht durch einen großen Big Bang, sondern durch eine Vielzahl von einzelnen Maßnahmen, die dazu führen, dass gerade der

Breitensport in dieser Stadt weiter in guter Form praktiziert werden kann und wir das Potenzial auch im Sportbereich entsprechend nutzen.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich erwähnen, dass uns als CDU noch ein anderes Thema - und gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Feiern - besonders wichtig ist, nämlich das Thema Sicherheit. Diese Stadt hat in den letzten Jahren, auch dank der Unterstützung auf der Landesebene, dafür gesorgt, dass sich die Menschen in Köln sicher fühlen. Diese Position wollen wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

Das erfolgt durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen im Bereich des Ordnungsamtes. Hier geht es vor allen Dingen darum - deshalb unterstützen wir auch insbesondere das Personalamt -, dass wir mehr Personal brauchen, damit wir die unbesetzten Stellen im Ordnungsamt auch besetzen können und so dafür sorgen können, dass wir in dem bewährten Kölner Dreiklang zwischen Ordnungsamt, Polizei und Streetworkern unsere Stadt und unsere Straßen weiterhin sicher halten, und zwar nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Vororten, also in den Bezirken.

Dafür werden wir in den nächsten Jahren auch noch eine ganze Reihe von politischen Initiativen auf den Weg bringen.

Ich darf mich noch einmal bedanken. Wir haben hier einen wunderbaren Haushalt vorliegen, der unsere Stadt voranbringt. Mit diesen Initiativen werden wir den aktuellen Anforderungen gerecht. Auch die Nachhaltigkeit - dazu hat meine Vorrednerin schon sehr viel gesagt - ist ein wichtiges Thema. Mit den Akzenten, die wir hier gesetzt haben, und mit einer Verwaltung, die das beherzigt, werden wir diese Stadt vernünftig voranbringen, glaube ich. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Joisten hat das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne und am Livestream! Sie werden mir nachsehen, dass nach diesen sehr lobenden Worten über den vorliegenden Haushalt nun ein paar kritische Einlassungen zu selbigem folgen.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 13**

Bevor ich sie vortrage, möchte ich aber auch meinen ganz herzlichen Dank an alle diejenigen aussprechen, die an der Erstellung dieses Haushalts beteiligt waren; denn dahinter steckt am Ende ja viel Arbeit.

An erster Stelle möchte ich hier die Verwaltungsmitarbeiter in der Kämmererei und vor allen Dingen die Kämmerin Dörte Diemert erwähnen, die es in einem sehr konzentrierten Prozess tatsächlich geschafft haben, uns diesen Haushalt fristgerecht vorzulegen und zur Beratung zur Verfügung zu stellen.

Ausdrücklich seien auch die demokratischen Fraktionen und Einzelmandatsträger in den Dank einbezogen. Schließlich können wir sowohl im Finanzausschuss als auch hier im Rat in aller Sachlichkeit darüber beraten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Denn auch wenn unsere Ideale und Visionen für die Zukunft unserer Stadt unterschiedlich sein mögen - das wird sich ja gleich zeigen -, so eint uns doch - davon bin ich überzeugt - der Wille, Verbesserungen für die Menschen in Köln zu erreichen und unsere Stadt im jeweiligen politischen Sinne weiterzuentwickeln und damit zu stärken. Das ist, glaube ich, auch ein Pfund, das wir hervorheben sollten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns als SPD-Fraktion diesen Haushaltsentwurf bzw. die jetzt vorliegende Haushaltsatzung und die damit einhergehenden politischen Veränderungsnachweise sehr gewissenhaft und sehr intensiv angeschaut. Wir haben sie für uns bewertet und gewogen, ob diese Ergebnisse für uns tragbar sind.

Leider ist aber aus unserer Sicht der nun vorliegende Gesamthaushaltsplan 2022 mit Stellenplänen trotz einiger richtiger Ansätze - ich will da durchaus die Fortführung des Projekts Stadtteilmütter, das wir gemeinsam betrieben haben, die Rettung der Aidshilfe und die Finanzierung der Seenotrettungspartnerschaft erwähnen, aber auch die in Aussicht gestellte Weiterfinanzierung der Geschäftsstelle für 1 700 Jahre jüdisches Leben in Köln und das erkennbare Bemühen aller Beteiligten, zumindest den Status quo fortzuschreiben - zu unambitioniert, da er eben keine zukunftsweisenden Schwerpunkte erkennen lässt.

Unsere Stadt braucht dagegen Entschlossenheit bei den Herausforderungen Wohnen und Bildung und vor allem beim Personal. Wir müssen Kölns

Zukunft gestalten, statt nur die Gegenwart zu verwalten.

Auch wenn sich die Konstellationen hier im Ratsbündnis geändert haben, können wir auch in diesem Jahr keine großen Linien in diesem Haushalt erkennen - entgegen den Ausführungen, die wir gerade gehört haben -, um die Situation in Köln zu verbessern.

Denn wir dürfen nicht vergessen, dass die Auswirkungen der Corona-Krise immer noch nicht vollständig abzusehen sind. Trotzdem lässt dieser Haushalt nicht erkennen, wie Köln gestärkt aus dieser einmaligen Krise hervorgehen soll.

Lassen Sie mich das an einigen exemplarischen Punkten aus unserer Sicht begründen.

Ein Kernproblem in Köln ist nach wie vor die unzureichende personelle Ausstattung der Stadtverwaltung. Das gilt insbesondere für die Bauverwaltung, die ja auch ein Schlüssel für das Thema Wohnungsbau ist - mit der Folge, dass nicht genug gebaut wird.

Aber auch fast alle anderen Bereiche sind davon betroffen. Der Ordnungsdienst ist hier schon angesprochen worden. Auch im Verkehrsbereich, in der Gebäudewirtschaft, im Jugend- und Schulbereich, in den Bezirksämtern und ganz aktuell auch in der Ausländerbehörde zeigt sich dieser Personalmangel jeden Tag eklatant.

Die Kölnerinnen und Kölner merken auch jeden Tag, dass die Stadtverwaltung mit ihrer personellen Ausstattung nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zufriedenstellend zu erledigen.

Das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei der SPD)

Der falsche Ansatz dafür ist aus unserer Sicht der geplante Stellenpool von 250 neuen Mitarbeitenden. Frau Blome will offenbar alle Personalprobleme der Stadtverwaltung mit diesem Pool lösen. Man muss aber kein Prophet sein, um zu wissen: Das wird mit diesem am Ende dann doch sehr überschaubaren Pool nicht funktionieren.

Deshalb fordern wir die Stadtverwaltung auf, bei der Personalgewinnung endlich effektiver zu werden und die Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung mit denen in der Privatwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Es muss doch möglich sein, in einer attraktiven Millionenstadt wie Köln das richtige Personal zu finden.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 14**

Beim Thema Bezahlung muss sich die Stadtverwaltung flexibler zeigen und Anreize schaffen, zum Beispiel über Gestaltungsspielräume bei der Eingruppierung mittels Zulagen.

Die Stadtverwaltung kann ein attraktiver Arbeitgeber sein. Allerdings muss sie endlich fit gemacht werden, um im Wettbewerb um die klügsten Köpfe zu bestehen. Nur wenn wir diese haben, kann der unfassbar große Umsetzungsstau endlich aufgelöst werden.

(Beifall bei der SPD)

Die größte Herausforderung in Köln bleibt aber weiterhin der Mangel an bezahlbaren Wohnungen, der sich zu einer regelrechten Wohnungskrise auszuwachsen droht, wenn jetzt nicht zügig und entschlossen gegengesteuert wird. Seit Jahren baut die Stadt zu wenige Wohnungen. Dabei müssen wir alle davon ausgehen, dass Köln in den nächsten Jahren weiter stark wachsen wird. Die Kölnerinnen und Kölner verdienen endlich eine echte Kraftanstrengung, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Das selbst gesteckte Ziel der Oberbürgermeisterin und des Ratsbündnisses von jährlich 6 000 neuen Wohnungen wird Jahr für Jahr deutlich verfehlt.

Wir fordern darum erneut einen kommunalen Wohnungsbaufonds in Höhe von 500 Millionen Euro über die nächsten fünf Jahre. Unser Ziel: 2 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen pro Jahr und die Stärkung aller, die Wohnungen im mittleren Preissegment anbieten - unsere GAG, die Genossenschaften und die großen Arbeitgeber.

(Beifall bei der SPD)

Ausreichend Wohnungen zu bauen, ist kein Hexenwerk. Man muss es nur anpacken, so wie das in Hamburg Jahr für Jahr unter Beweis gestellt wird.

Ein Herzensanliegen für uns Sozialdemokraten ist natürlich auch die Bildung. Hier herrscht derzeit das Prinzip Hoffnung. Wir fordern einen konsequenten Einsatz für gleiche Chancen in der Bildung.

Wir wollen für unsere Kinder gute Betreuungsangebote, in denen sie lernen können und sich geborgen fühlen. Denn diese jungen Menschen sind unser aller Zukunft.

Darum darf es nicht sein, dass Eltern über die Gebühren belastet werden. Wir fordern weiterhin Gebührenfreiheit für Kitas - auch wenn Sie es nicht mehr hören können, meine Damen und Herren. Bis wir das erreicht haben, werden wir es Ihnen jedes Jahr wieder hier vortragen und um die Ohren hauen, weil dies ein Kernanliegen der Sozialdemokratie ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Corona-Pandemie hat noch einmal sehr deutlich gemacht, wie wichtig eine gute digitale Ausstattung ist. An dieser Stelle muss weiter investiert werden, um die jungen Menschen fit für die Zukunft zu machen. Dabei darf der Sozialindex nicht außer Acht gelassen werden, um für eine sozial gerechte Verteilung auch dieser Mittel zu sorgen.

Auch der Bereich Verkehr ist aus unserer Sicht in diesem Haushaltsentwurf nicht zukunftsfähig aufgestellt - allen gerade gehörten Reden zum Trotz. Alle sprechen heute von der Verkehrswende - heute Morgen auch richtigerweise unser neuer Dezernent, den ich noch einmal herzlich begrüße und dem ich sehr für diese Rede danke, die gewisse Visionen enthält, die wir hoffentlich dann auch gemeinsam umsetzen können.

Aber dafür braucht es die Finanzausstattung. Denn wir sind ja, glaube ich, alle gemeinsam wirklich für diese Verkehrswende.

Wir brauchen zum Beispiel mehr neue Radwege in dieser Stadt. Aber wenn in diesem Haushalt gerade einmal 770 000 Euro für den Neubau von Radwegen für das Jahr 2022 eingestellt sind, dann heißt das, dass am Ende davon 4 bis 5 Kilometer Radweg neu gebaut werden können. Das ist, als wollten Sie die Tour de France mit dem Tretroller gewinnen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wie auf diese Weise die dringend notwendige Verkehrswende geschafft werden soll, ist mir schleierhaft.

Wir fordern stattdessen 1 Million Euro für 2022 und ab 2023 dann 5 Millionen Euro pro Jahr für den Neubau von Radwegen. Nur so kann der Ausbau des Radwegenetzes ernsthaft vorangetrieben werden. Ausreichend ist das bei Weitem auch noch nicht.

(Beifall bei der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo habt ihr das denn gefordert?)

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 15**

Für eine erfolgreiche Verkehrswende wird allerdings auch und zuallererst der öffentliche Personennahverkehr gebraucht. Nur wenn die Menschen auf den Strecken, die mit dem Fahrrad nicht zu bewältigen sind, ein attraktives Angebot vorfinden, werden diese Distanzen nicht mit dem Pkw zurückgelegt.

Um den ÖPNV-Ausbau voranzutreiben und die Barrierefreiheit auf allen Bahnsteigen unserer Stadt endlich sicherzustellen, muss aber deutlich ambitionierter geplant und gebaut werden. Zaghafte 180 000 Euro für die Barrierefreiheit, die das Ratsbündnis in seinem Veränderungsnachweis zusätzlich bereitstellt,

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Zusätzlich!)

wirken angesichts dieser riesigen Herausforderung fast schon realitätsfremd.

Hier stellen wir uns ein Maßnahmenpaket in Höhe von 10 Millionen Euro vor, mit dem Planung und Bau zusätzlicher Bus- und Bahnlinien, zum Beispiel eines Expressbussystems, sowie die zügige Erreichung der Barrierefreiheit im gesamten System vorangetrieben werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen] und Niklas Kienitz [CDU])

Als letzten, aber wichtigen Punkt möchte ich an dieser Stelle anführen, dass die Stadtspitze erneut keine Impulse gegen die soziale Spaltung unserer Stadt setzt.

Dagegen wollen wir das Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ weiterentwickeln und gestärkt wissen, um gerade die Stadtteile zu fördern, in denen es die Menschen nicht so leicht haben. Denn das Veedel ist der Ort des Zusammenhalts und der Verantwortung füreinander. Daher halten wir als SPD-Fraktion die von uns vorgeschlagene weitere konkrete Verbesserung in den Stadtteilen für unerlässlich.

Wir hatten Ihnen und dem Finanzausschuss seinerzeit vorgeschlagen, die entsprechenden Mittel von 4,5 Millionen Euro aus der Kulturförderabgabe als Veedelsgeld für alle Maßnahmen rund um das Zusammenleben im Veedel sowie für Klima und Grün, für Kultur - meine Damen und Herren, ganz genau lesen -, für Jugend, für Sport oder für das Vereinsleben in den Veedeln zu nehmen.

Das Motto muss hier doch sein: Zukunft für unsere Veedel. - Die Akteure vor Ort in den Bezirksvertretungen wissen doch am besten, wo der Schuh drückt, und könnten die von uns vorgesehenen 500 000 Euro pro Bezirk, die wir dafür vorgeschlagen haben, zielgerichtet einsetzen. Damit stärken wir die Bezirke und die Veedel ganz entscheidend.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Worte sagen, weil jetzt immer wieder der Vorwurf kam, wir würden die freie Szene nicht fördern wollen. Meine Damen und Herren, die freie Szene aus dem, ich nenne es jetzt einmal ein bisschen salopp, Spielgeld der Kulturförderabgabe zu finanzieren, zeigt nicht Wertschätzung, sondern falsche Prioritätensetzung im Kernkulturhaushalt.

(Beifall bei der SPD)

Dahin gehört die freie Szene - und nicht in die Restmittel. Insofern setzen Sie auch da falsche Prioritäten. Wenn Sie hier andere Prioritäten gesetzt hätten, hätten wir am Ende das Geld, das wir für die Veedel brauchen.

Vor dem Hintergrund meiner jetzt gemachten Ausführungen bleibt für die Sozialdemokraten festzuhalten: Den Haushaltsentwurf und die Haushaltsatzung 2022, die heute zur Abstimmung steht, lehnen wir ab; denn hier wird ein weiteres verlorenes Jahr für Köln zementiert. Gestaltungsanspruch und ausreichender Veränderungswille sind da für uns nicht erkennbar.

Wir Sozialdemokraten wollen dagegen die Zukunft gestalten statt nur die Gegenwart verwalten. - Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

**Heiner Kockerbeck (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Haushaltsplan Kölns ist ein umfangreiches und kompliziertes Bauwerk. Er musste in diesem Jahr unter den Bedingungen der Pandemie und ihrer sozialen, finanziellen und auch finanzpolitischen Folgen erstellt werden. Deshalb geht auch von meiner Fraktion der Dank

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 16**

an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die zum Ergebnis beigetragen haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der städtische Haushalt ist für die Lebensbedingungen der in Köln lebenden Menschen von hoher Bedeutung - bei Wohnen, Verkehr, Bildung, Klima und in anderen Bereichen. Natürlich hat er durch die finanziellen Rahmenbedingungen seine Grenzen. Er ist aber daran zu messen, mit welchen politischen Schwerpunkten das Leben der Menschen in dieser Stadt erleichtert und verbessert wird.

Die Kritik meiner Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, setzt an der politischen Steuerung des Haushaltes durch das Ratsbündnis der Fraktionen von Grünen, CDU und Volt an. Ich möchte mich auf zwei Beispiele aus den Bereichen Soziales und Klimawende konzentrieren.

Erstens. Ihr Haushalt gibt keine ausreichenden Antworten auf die immensen realen sozialen Probleme der Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss sogar sagen: Er hat bei der sozialen Gerechtigkeit eine Lücke - und das, obwohl gerade in diesem Jahr der städtische Lebenslagenbericht veröffentlicht wurde. Dieser zeigt, wie weit sich in Köln die Schere zwischen Arm und Reich öffnet. Die Autorinnen und Autoren des Berichts sprechen davon, dass wir es mit einer Segregation in der Stadt zu tun haben. Damit meinen sie die soziale Entmischung Kölner Stadtteile und ihre räumliche Trennung oder Polarisierung.

Das gilt beispielsweise auch für die Bezirke der Stadt. Von 16 Stadtteilen mit „potenziell stark erhöhten Problemlagen“, wie der Bericht sagt, macht der Lebenslagenbericht elf allein im Rechtsrheinischen aus.

Das heißt: In Köln ist der soziale Zusammenhalt höchst gefährdet; das gilt natürlich nicht nur für Köln, sondern auch für andere Großstädte. Er war es schon vor der Pandemie. Aber die Pandemie hat diese Situation noch verschärft.

Jetzt ist also zu fragen: Wie geht Ihr Haushalt, wie geht der grün-schwarz-lila Haushalt mit dieser Situation um?

Eine kommunale Schlüsselfrage wurde hier bereits angesprochen: die Bekämpfung sozialer Verwerfungen beim Wohnen. Die Wohnungspolitik findet aber bei Grünen, CDU und Volt praktisch

nicht statt. Das Prinzip heißt weitgehend: Der Markt wird's schon regeln.

Es gibt kein entschlossenes städtisches Handeln gegen die Explosion der Mieten, die bei vielen Menschen einen großen Teil des Einkommens auffrisst. Das erzeugt bei vielen Angst vor Armut, auch vor Altersarmut.

Ihre politischen Reaktion auf diese Problemlage weist viele Handlungen des Unterlassens auf, beispielsweise:

- Der Bau von 2 000 günstigen, geförderten Wohnungen pro Jahr, den der Mieterverein, DIE LINKE und auch, wie wir gerade hören konnten, die SPD fordern, wird nicht einmal entfernt erreicht.
- Aus dem Jahr 2013 stammt der Ratsbeschluss zu Milieuschutzsatzungen als Schutzmaßnahme vor Verdrängung von Mieterinnen und Mietern. Seit diesem Beschluss wurde erst 2020 eine einzige Milieuschutzgebiet im Severinsviertel geschaffen. Das ist viel zu wenig.
- Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen dämert vor sich hin.
- Der Einsatz des Erbbaurechts statt des Verkaufs von Grundstücken hängt weiter in der Luft. Seine konsequente Umsetzung würde zeigen, dass die Stadt ihren mäßigenden Einfluss auf den wild gewordenen Immobilienmarkt verstärken will.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte natürlich erwähnen, dass Sie bei der dramatisch gestiegenen Obdachlosigkeit Akzente setzen und in Ihrem Veränderungsnachweis über 1 Million Euro für Obdachlose und Housing First vorsehen. Das ist begrüßenswert.

Die Stadt wird jedoch angesichts des nahenden Winters mit ihren Hilfen hier schnell handeln müssen. In den vergangenen Jahren ist vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt negativ aufgefallen, dass private Initiativen beachtliche Hilfen für Obdachlose geleistet haben und leisten mussten, während die Stadt hier zu wenig Präsenz zeigte. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bereich Wohnen ist symptomatisch. Die Verwaltung und verwaltungsnahe Bereiche könnten bei Sozialem, Wohnung und Bildung mehr leisten. Aber dafür sind höhere Investitionen im Haushalt



## 11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 17

und mehr Personal in der Verwaltung zur Umsetzung nötig.

Zweitens. In der öffentlichen Diskussion Kölns spielt die Verkehrspolitik des Regierungsbündnisses zu Recht eine große Rolle. In der Schaffung von Fahrradspuren und in der Zurückdrängung des Autoverkehrs hat sich das regierende Bündnis gute Ziele gesetzt.

Es gibt hier Ansätze, aber zugleich, wie in vielen Bereichen, ein Umsetzungsproblem. Das langsame Tempo beim Umsetzen der Fahrradwege wurde bereits angesprochen. Wir brauchen entschlossene Akzente im Haushalt und entschlossene Vorstöße für mehr Personal in diesen Bereichen, damit dort ein schnelleres Tempo vorgelegt werden kann.

Vor allem fehlt für eine echte Verkehrswende in Köln aber der Ausbau von Bussen und Bahnen. Erst wenn es hier Verbesserungen bei Fahrpreisen, Verbindungen und Zeittakten gibt, werden viele Autonutzerinnen und -nutzer auf den öffentlichen Verkehr umsteigen - gerade die vielen Pendlerinnen und Pendler, die täglich in die Stadt kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Anstatt hier einen entschlossenen Akzent und einen Schwerpunkt im Haushalt zu setzen, ist das Bündnis zum Beispiel in der Frage des Tunnels unter der Ost-West-Achse handlungsunfähig. Es ist zerstritten, ob er gebaut werden soll oder nicht. Dabei ist gerade das eine wichtige Frage; denn der Tunnelbau würde genau die personellen Kapazitäten binden, die dringend für den Ausbau des ÖPNV in der Fläche benötigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch günstigere Fahrpreise spielen im Haushalt keine Rolle. Dabei war das 365-Euro-Ticket eine wichtige Wahlkampfforderung der Oberbürgermeisterin. Jetzt lässt es auf sich warten, und statt Fahrpreissenkungen gibt es für die Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Verkehrs sogar Fahrpreiserhöhungen.

Die Versäumnisse von Grünen, CDU und Volt in den politischen Richtlinien für den Haushalt und das Verwaltungshandeln lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Sie haben keinen strategischen Gedanken für eine Bündelung der städtischen Ressourcen in wichtigen Problemfeldern des sozial-ökologischen Umbaus.

(Beifall bei der LINKEN)

- Sie unterlassen nötige Investitionen in Gebäude, Fahrzeuge und städtisches Personal.
- Ihr Veränderungsnachweis schöpft nicht einmal finanzielle Spielräume, die existieren, aus. Die Ausgaben für Investitionen belaufen sich auf lediglich 7 Millionen Euro.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

- Bei den konsumtiven Ausgaben haben Sie lediglich 12 Millionen Euro eingestellt. Es fällt zudem schwer, einen roten Faden zu finden. Ihre Ausgaben sind zaghaft und wirken konzeptlos.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nein, nein!)

DIE LINKE ist der Ansicht, dass wir bei vielen öffentlichen Bereichen anstelle der offenbar demonstrativ gezeigten Haushaltsdisziplin im Gegenteil einen entschlossenen Ausbau des öffentlichen Sektors brauchen.

Unsere Haushaltsforderungen stellen deshalb hier eine politische Alternative dar. Wir hatten in die Haushaltsberatungen Forderungen eingebracht, die auf die Schaffung von zusätzlichen 108 Stellen bei der Stadt abzielen. Wir wollten konsumtive Ausgaben von 26 Millionen Euro und Investitionen von 145 Millionen Euro.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich skizziere das nur kurz noch einmal, da es bereits im Finanzausschuss von meiner Kollegin vorgetragen wurde:

- Mit einem Gesellschafterdarlehen von 50 Millionen Euro könnten Sie die Schließung des Krankenhauses Holweide verhindern und in weiteren städtischen Kliniken nötige Investitionen tätigen.

(Beifall bei der LINKEN)

- Durch zehn zusätzliche Stellen könnten zügig acht weitere Milieuschutzgebiete geschaffen werden.
- Jährlich werden 33 Millionen Euro in der kommunalen Wohnungsbauförderung nicht abgerufen. Warum geben Sie diese Mittel nicht dem Wohnungsbauamt, das in ökologischer Bauweise hier Wohnungen baut?

(Beifall bei der LINKEN)

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 18**

- Im Bereich des Verkehrs wollen wir durch 28 zusätzliche Stellen den ÖPNV-Ausbau und den Fußverkehr verbessern.
- Alle Kölner Schülerinnen und Schüler können ein kostenloses ÖPNV-Ticket haben - als Einstieg in nötige Fahrpreissenkungen.
- Schulsozialarbeit, Offener Ganztag, Kitas und Jugendzentren sollten bevorzugt in Stadtteilen mit vielen ärmeren Menschen ausgebaut werden.

Köln hat in den kommenden Jahren bei der sozialen und ökologischen Erneuerung große Aufgaben zu bewältigen. Die schwarze Null schadet hier.

Soziale Kürzungen, wie nach der Finanzkrise 2009, dürfen sich nicht wiederholen. Wir sollten nachfolgenden Generationen später einmal nicht sagen müssen: Es tut uns leid; aber wegen der hohen Kosten der Pandemie haben wir in den 2020er-Jahren bei Wohnen, Klima, Gesundheit und Bildung erst einmal eine längere Pause eingelegt und die nötige Verbesserung unserer Stadt ad acta gelegt.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Breite das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Kommen wir wieder zur Realität zurück.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Auch die FDP-Fraktion dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmererei für die Aufstellung des Haushaltes 2022.

Der Dank - das habe ich auch schon im Finanzausschuss gesagt, Frau Kämmerin - gilt auch für die Darstellung des Haushaltsplanes. Hier gibt es Veränderungen, die sich positiv auswirken. Er ist transparenter und besser zu lesen. Es gibt auch wichtige Informationen insbesondere im Produkthaushalt, der sich wirklich positiv entwickelt hat, um den Haushaltsplan noch besser verstehen zu können - damit ich auch meine Rede hier halten kann, verehrte Frau Kämmerin.

Erlauben Sie mir nun, nach meiner wohlwollenden Einführung zum Haushalt 2022 - denn es gibt wirklich gute Ansätze - die Kritikpunkte der FDP

darzustellen und zu begründen, warum wir diesem Haushalt nicht zustimmen können und werden, meine Damen und Herren.

Fangen wir mit der Einnahmeseite an. Die Kämmerin hat bei der Einbringung des Haushaltes zu Recht - ich betone: zu Recht - darauf hingewiesen, dass wir die Folgen der Pandemie durch Corona im Haushalt noch länger spüren werden.

Nach der neuesten haushaltsrechtlichen Unterrichtung der Kämmerin für das Jahresergebnis 2021 geht sie von einer Verschlechterung des Steueraufkommens der Stadt Köln durch die Auswirkungen der Corona-Krise von rund 126 Millionen Euro aus. Zurückzuführen ist das insbesondere auf weniger Erträge bei dem Gemeindeanteil der Einkommensteuer und bei unserer so wichtigen Gewerbesteuer.

Die wahren Einkommensbelastungen für die Stadt werden wir jedoch in den kommenden Jahren spüren, da Bund und Land die Kommunen wegen Corona zurzeit finanziell besonders unterstützen.

Wir wünschen uns alle, glaube ich, dass sich die Kölner Wirtschaft von der Pandemie sehr schnell erholt. Doch für 2022 im Haushalt bei den Gewerbesteuereinnahmen 1,384 Milliarden Euro und damit die gleiche Höhe wie im Jahr 2020 vor der Pandemie anzusetzen, halten wir Liberale für, vornehm ausgedrückt, sehr ambitioniert.

Für 2023 sieht die Planung 1,5 Milliarden Euro an Gewerbesteuereinnahmen vor - und damit mehr als 200 Millionen Euro Mehreinnahmen bzw. eine Steigerung um 15 Prozent. Das halten wir bei der Haushaltsaufstellung für nicht ganz vermittelbar, meine Damen und Herren.

Damit die Auswirkung von Corona für die Kommunen nicht zum Kollaps führt, hat die Landesregierung ein Gesetz eingebracht, das es ermöglicht, die Mindererträge und Mehraufwendungen durch die Pandemie haushaltsrechtlich zu isolieren.

Mit ganz einfachen Worten - bitte verstehen Sie das richtig, Frau Kämmerin; mit ganz einfachen Worten -: Wir machen in der Haushaltsrechnung einfach so weiter, als ob es Corona gar nicht gegeben hat.

Die Corona-Belastungen, die es aber ja gegeben hat und weiter geben wird, werden außerhalb des Haushaltes geparkt. Im Fachjargon heißt das: Bilanzierungshilfe. Ich nenne das: eine Art Darlehen. Es ist bei der Kämmerin hübscher ausformuliert: außerordentlicher Ertrag. Diesen dürfen wir

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 19**

ab 2025 über 50 Jahre - so steht es im Haushalt - abschreiben; ich würde sagen: abbezahlen.

Ich möchte dieses Finanzierungsinstrument hier gar nicht in Abrede stellen. Zur Abfederung der finanziellen Auswirkungen ist das wohl vonnöten.

Aber im realen Leben gibt es, meine Damen und Herren, nichts umsonst. Die jetzt stattfindenden Haushaltsbelastungen werden nur in die Zukunft geschoben. Ein heute in Köln geborenes Kind wird im Jahre 2071 einen städtischen Haushalt erleben, der immer noch die finanziellen Belastungen für die heutige Pandemie abbezahlt.

Da bekommen die Langzeitfolgen durch Corona, meine Damen und Herren, aber auch die Gründe zum Impfen einen weiteren wichtigen Gesichtspunkt hinzu. Wer wie die Spitzenkandidatin der LINKEN in NRW zur Bundestagswahl hier schwadroniert, beim Impfen ginge es nur um den persönlichen Schutz und nicht um Schutz für die Allgemeinheit, leidet an Realitätsschwund und darf, bitte schön, zukünftigen Generationen erklären, warum sie für die finanziellen Belastungen der Pandemie immer noch aufkommen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Kommen wir nun zu der Ausgabenseite und der Frage, wofür wir etwas ausgeben und wie viel. Ich denke, es herrscht Konsens, dass Köln vor großen Herausforderungen steht - und nicht nur durch die Auswirkungen der Pandemie, meine Damen und Herren. Als Stichworte sind hier „Köln als wachsende Stadt“ und der Klimawandel zu nennen.

An dieser Stelle hätten wir als FDP vom Haushalt 2022 ein bisschen mehr erwartet, nämlich - das habe ich schon im Finanzausschuss gesagt - einen richtigen Wumms. Es ist aber, wie wir hier konstatieren müssen, nur ein laues Lüftchen.

Das möchte ich Ihnen gerne erklären. Erlauben Sie mir, es exemplarisch an bestimmten Punkten zu verdeutlichen.

Es herrscht im Rat - das habe ich in den Reden hier gehört - allgemeiner Konsens, dass wir den ÖPNV ausbauen müssen, und zwar zügig. Wir haben diesbezüglich mit großer Mehrheit im Rat zu Linienenerweiterungen und neuen Projekten Beschlüsse gefasst, meine Damen und Herren.

Ich weise hier gern - da muss ich noch einmal Herrn Joisten anschauen, wie im Finanzausschuss - auf die Erweiterung der Linie 7 hin, die

schon unsere politischen Großväter gefordert haben. Gleichzeitig haben Land und Bund für die Mittel des ÖPNV drastisch erhöht. Die Mittel sind also da.

Und was steht nun im Haushalt? Ich darf aus dem Produkthaushalt von Seite 301 zitieren. Hinter „Neugebaute Streckenlänge in m“ steht dort für 2022: 0,00. - Vielleicht machen wir ja gerade eine Verschnaufpause, weil wir vorher so viele Streckenmeter im ÖPNV gebaut haben. Doch was muss ich da auch lesen? 2021: 0,00. 2020: 0,00. 2019: 0,00.

Meine Damen und Herren, beim Ausbau des ÖPNV muss etwas geschehen. Denn wir sind hier ja nicht beim Lehrer Welsch in der Kayjass - dreimal null ist null, und das ist auch noch gut.

Bei der Verkehrswende müssen wir also mehr tun als das, was hier zu den Streckenkilometern steht. Herr Egerer, ich glaube, dass Sie da einiges zu tun haben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die Digitalisierung ist für uns Liberale ein wichtiges Thema, aber nicht nur für uns im Rat. Ich denke, die Pandemie hat gezeigt, dass wir hier in eine Aufholjagd gehen müssen. Doch das ist bei manchen Punkten nicht zu erkennen, auch wenn hier von Millionensummen gesprochen wird. Was die digitalisierte Stadtverwaltung als Dienstleistungsverwaltung angeht - diesbezüglich herrscht doch eindeutig Konsens -, gibt es viel zu tun.

Doch was müssen wir im Produkthaushalt auf Seite 40 bei „IT- und Kommunikationsdienste“ - übrigens sind als Zielgruppe unter anderem Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende, Freiberufler und Unternehmen ausgewiesen - lesen? Ordentliches Ergebnis Plan 2021: 47,3 Millionen Euro - zu Plan 2022: 51,1 Millionen Euro.

Das ist eine Erhöhung von schlappen 4 Millionen Euro in der viertgrößten Stadt Deutschlands für Digitalisierung, meine Damen und Herren. Da hätte ich aber ein bisschen mehr erwartet - einen Wumms.

Auch wenn die Ratsmehrheit in ihrem politischen Veränderungsnachweis - ich muss das hier positiv erwähnen - noch 1 Million Euro dafür zugesetzt hat, wird das Volumen der Mittel einer Aufholjagd nicht ganz gerecht.

Köln ist eine wachsende Stadt und braucht mehr Wohnungen. Wir haben hier unterschiedliche Ansätze. Ich möchte jetzt auch nicht die entsprechenden Debatten aus dem Rat führen, meine

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 20**

Damen und Herren. Konsens ist aber, dass wir mehr ausgewiesenes Bauland benötigen und die Stadt dort in der Pflicht ist; denn sie ist der größte Grundstückseigentümer in Köln.

Wenn das der Konsens ist, hilft immer ein Blick in den Haushalt, meine Damen und Herren. Der Produkthaushalt auf Seite 55 gibt da Auskunft. Haben wir in den Istberechnungen 2019 für rund 53 Millionen Euro Grundstücke verkauft, nehmen wir uns für 2022 - es wurde ja von allen angesprochen, wie wichtig das Thema ist - weniger vor, nämlich nur 50 Millionen Euro.

Fairerweise muss ich hinzufügen, dass es in den Jahren 2020 und 2021 sogar noch geringere Ansätze waren. Das ändert aber doch nichts an der Botschaft. Die Menschen in Köln brauchen Wohnungen. Der Haushalt reagiert hier nicht richtig. Das reicht einfach nicht, meine Damen und Herren.

Erlauben Sie mir, als Letztes zu dem Thema Klimaschutz zu kommen. Auch hier wird großer Konsens herrschen, dass das eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist, auch und gerade für die Kommunen und somit auch für Köln.

Die Kölner Oberbürgermeisterin - jetzt darf ich Sie zitieren - hat in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung hervorgehoben - das ist auch im Anlagenband ab Seite 26 ausführlich nachzulesen -, welche Bedeutung der Klimaschutz hat und dass er im Haushalt abgebildet wird. So stehen über den Planungszeitraum von 2022 bis 2025 - Frau Martin hat das ausgeführt - derzeit 80 Millionen Euro für das Programmbudget zur Verfügung. So weit, so gut.

Doch einen Finanzpolitiker, die Oberbürgermeisterin und vielleicht alle hier im Rat interessiert nicht nur die Höhe der Mittelbereitstellung, sondern auch die Wirksamkeit der Bereitstellung.

Über die Zielerreichung eingesetzter Mittel für den Klimaschutz geben uns die Kennzahlen im Produkthaushalt Auskunft - hier insbesondere Produktbereich 14, Umweltschutz, ab Seite 316.

Doch der eigentlich so bedeutsame Produkthaushalt lässt mich an dieser Stelle, meine Damen und Herren, gewissermaßen ratlos zurück. Der städtische Produkthaushalt ist in 18 Produktbereiche auf 355 Seiten eingeteilt. Sie müssen sie nicht alle lesen. Ich würde mich aber freuen, wenn Sie sich Ihren Fachbereich einmal anschauen würden.

Der zitierte Produktbereich 14, Umweltschutz, beläuft sich auf sage und schreibe - bitte sacken lassen! - sechs Seiten. Sechs von 355 Seiten zum

Produktbereich Umweltschutz! Das wird nach meiner Meinung und sicherlich auch Ihrer Meinung der Bedeutung von Klima- und Umweltschutz nun wahrlich nicht gerecht.

Selbst wenn ich so großzügig bin - und ich bin großzügig -, Teile aus dem Produktbereich 13, Natur- und Landschaftspflege, ab Seite 305 hinzunehmen, komme ich gerade auf kümmerliche 13 Seiten.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt)

- Ich beeile mich jetzt.

Zur Information - wenn Frau Martin nachliest -: Beim Produktbereich „Natur- und Landschaftspflege“ habe ich unter anderem die Produktgruppen „Bestattung/Umbettung von Verstorbenen“ auf Seite 313 und „Einäscherungen“ auf Seite 314 herausgenommen, weil ich der Meinung bin: Das sind wichtige Dienstleistungen, gehört aber nicht zum Klimaschutz.

Ich muss sagen: Hier gibt es Aufholarbeit. Es wurde gerade der vorgelegte Haushalt gelobt. Schauen Sie sich das bitte an. Bei diesen Bereichen erwarte ich das einfach, weil es für uns und für die Wirksamkeit so bedeutsam ist, sich die Kennzahlen anzuschauen. Herr Beigeordneter Wolfgramm, hier ist noch viel Arbeit zu leisten. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

**Christian Achtelik (Voll):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause an den Bildschirmen, aber erfreulicherweise auch hier auf den Rängen! Köln hat mit diesem Haushalt einen Haushalt präsentiert, der vielen Krisen begegnet: Klimakrise - Frau Martin hat es schon wunderbar ausgeführt -, Wohnungsnot, Digitalisierung - auch sie kann man an vielen Stellen als teilweise krisenartig bezeichnen - und natürlich Corona - nicht zuletzt mit seinen Auswirkungen auf Kunst und Kultur -, aber auch Ungleichheit, Ausgrenzung und Rassismus.

Es ist also in einer gewissen Form ein Krisenhaushalt, über den wir hier sprechen. Trotzdem geht natürlich großer Dank an die Kämmerin und ihr gesamtes Team, das mit den aktuellen Herausforderungen in dieser Krisensituation umgeht.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 21**

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf den Vorbericht zu dem Haushalt eingehen. Dieser Vorbericht zeigt wunderbar auf, welchen großen Herausforderungen wir uns hier stellen.

Da möchte ich auch einmal kurz zu den Kolleginnen und Kollegen der SPD blicken, die hier keine zukunftsweisenden Themen sehen.

Das erste Thema in diesem Vorbericht ist doch Klimawandel und Klimaschutz. Insofern weiß ich nicht, wo da die Zukunftsweisung fehlen soll.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Das nächste Thema im Vorbericht ist die Verwaltungsreform.

Ein konkreter Kommentar von den Kolleginnen und Kollegen der SPD lautet: Köln schafft es nicht, die klügsten Köpfe nach Köln zu bringen.

Wir haben hier zwei ganz neue kluge Köpfe. Herzlich willkommen, Herr Egerer! Herzlich willkommen, Herr Charles!

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich denke, dass wir das sehr gut schaffen. Auch die Erfolge von Herrn Wolfram der letzten drei Monate lassen sich sicherlich schon sehen, auch wenn er bei uns kein neuer kluger Kopf ist.

Das Digitalisierungsprogramm ist der nächste Punkt im Vorbericht. Auch hier setzen wir noch einmal einen politischen Schwerpunkt, auf den ich gleich kurz eingehen möchte.

Und: der wirkungsorientierte und Nachhaltigkeitshaushalt. Ich möchte, dass wir uns das alle auf der Zunge zergehen lassen. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die Sustainable Development Goals, werden ganz konkret angesprochen - sowohl in dem Haushalt, den die Stadtverwaltung präsentiert hat, als auch in dem Haushalt, den wir dann mit unserem politisch Veränderungsnachweis an einigen Stellen konkretisiert haben.

Diese eigenen Schwerpunkte möchte ich jetzt auch noch kurz ansprechen. Meine Rede hatte ich so getimt, dass ich nicht allzu viel auf andere eingehen muss. Das muss ich jetzt teilweise etwas kürzen, weil mir so viel Futter geliefert wurde.

Herr Kockerbeck, Sie haben von Investitionen von 7 Millionen Euro gesprochen. Entschuldigung; wir betrachten den Gesamthaushalt und nicht den politischen VN.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Ich habe gerade noch einmal kurz nachgeschaut, weil ich die Zahl ehrlicherweise nicht im Kopf hatte. Ich habe 870 Millionen Euro im Finanzplan gesehen.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Die Kämmerin nickt. Da sollten wir also genau hinschauen.

Generell frage ich bei der Kritik, die hier insbesondere von der SPD und auch in sehr schöner Detailform von Herrn Breite kam: Wo ist denn der Gegenvorschlag?

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Was hätten Sie, hätten ihr denn konkret anders gemacht? Wo ist die Alternative, über die wir hätten abstimmen können?

Der nächste Punkt ist das Thema Wohnen. Wir haben heute ein Vorbild gehört. Bei Volt arbeiten wir sehr gerne mit Best Practices. Best Practice Hamburg: Es hieß, dort sei der Wohnungsbau viel besser. Na ja. Aber hat man sich einmal den Mietpiegel von Hamburg angeguckt und ihn mit Köln verglichen? Wir können an einigen Stellen von Hamburg lernen, denke ich, aber sicherlich nicht das Konzept vom Hamburger Wohnungsbau vollständig auf Köln übertragen. Ob das das richtige Mittel ist, bleibt also fraglich.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Und zu den LINKEN: Nein,

(Heiterkeit bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Wohnungsbau lassen wir nicht nur durch den Markt regeln - ganz sicher nicht. Schauen Sie auf die Vorgaben bezüglich Erbbaurecht. Das ist einer der Schwerpunkte.

Aber wir müssen auch anerkennen, dass es in Köln schnell neue Wohnungen braucht und dass sie nicht nur die Stadtverwaltung alleine bauen kann. Das habt ihr beim ÖPNV sogar ganz konkret benannt und gesagt: Die Stadt hat hier nicht genügend Leute. - Das gilt eben auch für den Wohnungsbau. Auch hier brauchen wir andere Akteure und brauchen wir Investoren, die uns beim Wohnungsbau unterstützen.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 22**

Ein großes Thema dieses Haushaltes sind der Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung. Wir haben im Kölner Umland gesehen, wie traurig, aber eben auch wie teuer kein Klimaschutz sein kann.

Hier vermisst Herr Breite den Wumms. Ich sehe in den 20 Millionen Euro einen großen Wumms, verglichen mit vorherigen Ansätzen.

Wir müssen ja zum Glück auch anerkennen, dass Klimaschutz ein Querschnittsthema ist. Wenn wir nach Ausgaben im Umweltkontext suchen, müssen wir also natürlich nicht nur in den Produkthaushalt 14 schauen, sondern auch in viele andere Bereiche, beispielsweise den Verkehrsbe- reich.

Wir freuen uns hier ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit Herrn Egerer unter den drei Vs.

Die Verbesserung der Radinfrastruktur möchte ich hier noch ganz kurz hervorheben, um mich doch einmal an mein Redeskript zu halten. Köln ist in Sachen Fahrradfreundlichkeit eines der Schlusslichter. Das wollen wir ändern. Wir haben zwar gerade gehört, dass es im Haushalt nur 770 000 neue Euronen dafür gibt. Aber wir haben noch einmal 500 000 dazugesetzt.

Im Übrigen möge man sich bitte auch die Teile der Verwaltung anschauen; denn dort werden die Mittel für die Generalsanierung der Radwege auf 5 Millionen Euro verdoppelt.

Außerdem sollte man auch anerkennen, dass es in Köln durchaus an vielen Stellen einen Radweg gibt, der also nicht neu errichtet, sondern ausgebaut und saniert werden muss.

Nun möchte ich auch noch auf weitere Punkte im Verkehr eingehen. Natürlich spielt nicht nur die Radwegeinfrastruktur eine Rolle, um den Umweltverbund zu stärken, wie Kollegin Martin schon ausführlich dargestellt hat. Wir haben auch eine Stärkung des ÖPNV.

Hier möchte ich nicht negieren, dass Herr Egerer und wir alle hier im Rat in den nächsten Jahren noch einiges zu tun haben. Das ist ganz sicher so. Wir müssen aber auch berücksichtigen, dass Aufwendungen für den ÖPNV nicht in unserem Kernhaushalt stehen, sondern auch in den Wirtschaftsplänen zum Beispiel der KVB.

Dennoch haben wir im politischen Veränderungsnachweis noch einmal 100 000 Euro zugesetzt, um Busrouten optimieren zu lassen.

Herr Egerer, ich habe mich besonders darüber gefreut, dass Sie den drei Vs weitere Vs hinzugesetzt haben, beispielsweise das Thema Vernetzung. Ich übertrage das jetzt einmal auf Digitalisierung. Wir wollen Datenströme zusammenführen, um Verkehrswege zu optimieren, um dann auch neue Busrouten optimal einsetzen zu können.

Nun bleibt aber ein Trend der Corona-Pandemie weiterhin sichtbar. Die Menschen nutzen nämlich den ÖPNV weniger, als wir das gerne hätten. Ein Punkt ist, dass der ÖPNV attraktiv sein muss. Ein ganz wichtiges Element sind da die Hygienemaßnahmen, die wir jetzt in der Corona-Pandemie gesehen haben. Wir möchten sie beibehalten und diesen neuen Standard in der KVB weiterhin aufrechterhalten.

Auch beim Thema Digitalisierung insgesamt, nicht nur im Verkehr, haben wir einiges nachzuholen und viel Lernpotenzial. Hier nehmen wir mit dem Stärkungspaket Digitalisierung, das wir noch zugesetzt haben, eine große weitere Hilfestellung zusätzlich zu den bereits vorhandenen und veranschlagten Mitteln vor. Auch hier sehen wir die Notwendigkeit für weitere externe Hilfe. Deswegen werden im Masterplan Digitalisierung auch noch Mittel für externe Vergaben bereitgestellt.

Das, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer zu Hause und hier auf den Rängen, werden Sie und wir alle - denn wir sind auch Einwohner\*innen und Bürger\*innen dieser Stadt - vor allem auch bei dem Bürger\*innenservice spüren. Anmeldungen, Ummeldungen und andere Verfahren der Amtsgänge sollen digitalisiert werden. Das ist hier einer der wichtigen Punkte im Kontext der Digitalisierung.

Da müssen wir aber natürlich auch aufpassen. Denn es geht um die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Bis Ende 2022 müssen hier ohnehin viele Themen digitalisiert werden. Insofern können wir uns nicht ganz auf die Fahne schreiben, da jetzt an allervorderster Front mitzumischen.

Das letzte Thema, auf das ich noch kurz eingehen möchte, hatte ich eingangs schon einmal erwähnt. Im Kontext der Corona-Pandemie ist auch vieles bezüglich Rassismus, bezüglich Ausgrenzung und bezüglich Gleichstellung wieder schlechter geworden. Wir haben dem Thema Gleichstellung in unserem politischen VN noch einmal 200 000 Euro Fördermittel gewidmet. Außerdem sollen dort weitere Studien stattfinden.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 23**

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte Sie und euch alle, diesem Haushaltsentwurf zuzustimmen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Haushalt uns nach vorne bringen wird, und bedanken uns noch einmal für die gute Vorarbeit dazu seitens der Kämmerin. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Boyens hat das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, dass ich zu Beginn versuche, unseren Haushalt - wir reden ja immerhin über 5,2 Milliarden Euro - national und international in Perspektive zu setzen.

In Deutschland beschäftigen sich anderswo ganze Landtage mit diesem Volumen. Unser Haushalt für 2022 entspricht dem Ausgabenvolumen nach ziemlich genau demjenigen des Landeshaushaltes des Saarlandes oder der Hansestadt Bremen.

Auf europäischer Ebene ist unser Haushalt exakt in der Größenordnung von demjenigen von Malta oder würde, wäre beispielsweise Griechenland föderal strukturiert, dem Haushalt der größten griechischen Insel, nämlich Kreta, entsprechen.

International hat das zentralafrikanische Kamerun Staatseinnahmen in der Größenordnung des Kölner Haushaltes. Allerdings müssen dort nicht wie hier in Köln 1,1 Millionen Menschen damit auskommen, sondern 26 Millionen Menschen. Und bedenken Sie bitte: In Kamerun reden wir ja über einen kompletten Staatshaushalt, nicht nur über einen Haushalt für rein kommunale Aufgaben.

Wir können also feststellen: Köln, Kreta, Kamerun - das ist die Liga, in der wir haushaltstechnisch spielen.

Ich denke, meine Damen und Herren, dass wir uns bei allem parteipolitischen Streit über den aktuellen Haushalt darin einig sind, dass diese Relationen zweierlei zeigen:

Erstens. Unser Haushalt ist dem Volumen nach national wie international betrachtet keine Quantité négligeable.

Zweitens. Während anderswo ein Haushalt für die Einwohner nur einen Betrag von 200 Euro - wohl-gemerkt für einen kompletten Staatshaushalt - zur Verfügung stellt, haben wir in Köln das Privileg, einen Betrag von rund 5 000 Euro pro Jahr und Kopf zur Verfügung zu haben.

Das sollte für uns alle, denke ich, bei allem Zwist ein Grund sein, kurz innezuhalten und dankbar zu sein. Denn klar ist: 98 Prozent der Menschen auf der Welt würden sich wünschen, ja sehnlichst wünschen, sie hätten die „Probleme“, die wir hier in Köln mit unserem Haushalt haben.

Doch nun zu den konkreten Zahlen unseres Haushaltes für 2022: Hier war ja viel von Nachhaltigkeit die Rede - durch die Grünen, durch Herrn Petelkau. Ich kann Ihnen sagen: Nichts ist falscher als das.

Die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen hat uns ins Stammbuch geschrieben - Zitat -:

Seit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement am 01.01.2008 hat sich das Eigenkapital um 20 Prozent verringert.

Diese Aussage, meine Damen und Herren, ist aktueller denn je. Denn der Planwert, den die Kämmerin für das Jahr 2025 für unser Eigenkapital veranschlagt, liegt noch bei knapp über 5 Milliarden Euro. Gestartet sind wir im Jahr 2008 wohl-gemerkt mit über 6,4 Milliarden Euro. Und diese Zahlen sind ja Nominalzahlen. Real betrachtet, haben wir aufgrund der Inflationsentwicklung seit 2008 einen Eigenkapitalverzehr von über 35 Prozent.

Kurzum: Diese Stadt lebt seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse und zehrt von ihrer Substanz -

(Beifall bei der AfD)

und das bei Rekordsteuereinnahmen, meine Damen und Herren.

Das ist weder nachhaltig, noch ist es enkelfest, Frau Martin. Das hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun.

Liebe Grün\*innen, als Sie vor 40 Jahren die politische Bühne betraten, haben Sie ja den Begriff der Nachhaltigkeit eingeführt. Ganz unbestritten: Das ist ein Verdienst und eine Bereicherung für

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 24**

die politische Diskussion und Debatte in unserem Land und auch in unserer Stadt.

Aber umso tragischer ist es doch, dass Sie als die Nachhaltigkeits-Apostel es jetzt noch nicht einmal hinbekommen, unter Ihrer Führung einen auch finanziell nachhaltigen Haushalt hier in dieser Stadt vorzulegen.

(Beifall bei der AfD)

Ein Beleg dafür ist nicht zuletzt die Entwicklung der Liquiditätskredite in den kommenden Jahren. Schauen Sie sich bitte einmal die Grafik im Anlagenband auf Seite 43 dazu an. Da kann Ihnen schwindlig werden. Diese explodieren geradezu - von 700 Millionen Euro im vergangenen Jahr auf 2 100 Millionen Euro, also über 2,1 Milliarden Euro, im Jahre 2025. Und dann steht da lapidar:

Das Volumen der aufgenommenen Liquiditätskredite erhöht sich, um eine rechtzeitige Leistung der Auszahlungen sicherzustellen.

Nun, welche Auszahlungen sind dies? Das sind natürlich die großen Blöcke Soziales und Personal.

Aber richtig ist eben auch, dass viele Ausgabenpositionen in unserem Haushalt beeinflussbar sind, wenn der politische Wille dafür vorhanden wäre.

Meine Damen und Herren, wir wären nicht die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Köln, wenn wir nicht auf die enormen Belastungen für unseren Haushalt durch das von Berlin zu verantwortende und andauernde Migrationsdesaster hinweisen würden.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben gelernt, dass wir hier pro Kopf und Jahr 5 000 Euro zur Verfügung haben. Ein einziger UMA kostet diese Stadt pro Monat 6 800 Euro. Stellen Sie sich doch bitte einmal vor 16 beliebige Kölner hin, meine Damen und Herren, und sagen Sie ihnen: Tut mir leid; die 82 000 Euro, die ich für euch hätte haben sollen, gibt es jetzt nicht; die gebe ich einem UMA, damit er ein Jahr in dieser Stadt angemessen betreut werden kann. - Das ist die haushaltspolitische Realität in dieser Stadt.

Der vorliegende Haushaltsplanansatz weist für Flüchtlinge in den kommenden Jahren 560 Millionen Euro aus. Herr Joisten, das sind übrigens die über 500 Millionen Euro, die Sie für Ihren Wohnungsbaufonds haben wollen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist das Geld. Dahin geht das Geld. Und das sind ja nur die drei Positionen Asylbewerberleistungsgesetz, Unterbringung und Betreuung, meine Damen und Herren. Das sind 560 Millionen Euro.

(Isabella Venturini [Volt]: Das ist auch richtig so!)

- Das ist nicht richtig so. Das ist von Ihnen so gewollt und hingenommen. - Dazu kommen ja noch viele weitere Kosten: die innere Sicherheit, Streetwork, also Sozialarbeiter, erhöhte Gesundheitsaufwendungen. Zu den 86 UMA, die hier verschwunden sind, habe ich bis heute auch noch keine Antwort von der Verwaltung bekommen. Das scheint wohl ein sehr delikates Thema zu sein. All das müssen Sie dazurechnen.

(Beifall bei der AfD)

Hinzu kommt noch, dass diese Menschen dann ja häufig in Hartz IV überführt werden. Dazu haben wir aufgrund einer AfD-Anfrage seit Kurzem offizielle Zahlen. Seit 2007 hat sich der Ausländeranteil bei Hartz IV von 18 auf 36 Prozent verdoppelt. In Nordrhein-Westfalen, hier in unserem Land, sind es sogar 40 Prozent der Ausländer, die Hartz IV beziehen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Würden Sie bitte zum Thema sprechen?

**Stephan Boyens (AfD):** Das ist unser Haushalt. Das tut in unserem Haushalt weh.

Frau Reker, die Souveränität Ihrer Sitzungsleitung - immer, wenn es für Sie und Ihr Bündnis unangenehm wird, mich dann hier zu unterbrechen - lässt sehr zu wünschen übrig. Das muss ich mir nicht gefallen lassen.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Oh!)

Also noch einmal: Wir haben in Deutschland einen Ausländeranteil von 12,7 Prozent und in Nordrhein-Westfalen einen Ausländeranteil bei Hartz IV von 40 Prozent. Ich glaube, dass diese Zahlen für sich sprechen, meine Damen und Herren.

Abschließend muss ich sagen: Wenn Sie sich die Produktbereiche und die dort dargestellten Ziele - was ja grundsätzlich richtig ist - angucken, fällt auf, dass es zum Beispiel bei dem Thema „Rückkehrmanagement zwecks Aufenthaltsbeendigung



**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 25**

von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen“ kein Wirkungsziel gibt. Da steht dann in unserem Haushalt lapidar der Satz:

Da für den Erlass der Abschiebungsandrohung und die Durchführung der Abschiebung grundsätzlich die Ausländerbehörden der Bundesländer zuständig sind ..., wird auf die Darstellung von Produktzielen und Kennzahlen verzichtet.

Meine Damen und Herren, besser kann man den Unwillen, geltendes Recht in dieser Stadt durchzusetzen, nicht dokumentieren.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben es hier ganz offensichtlich mit einer Verweigerungshaltung zu tun. Ja, ich würde sagen, dass man das schon als Vereitelung im Amt und als Sabotage bezeichnen kann. Damit haben wir es hier zu tun.

(Beifall bei der AfD)

Durch diese Haltung der Politik tragen Sie als verantwortliche Verwaltung dazu bei, dass ganze Stadtteile hier zu prekären Hotspots und sozialen Brennpunkten werden. Nicht umsonst sprechen die Menschen da draußen auf der Straße schon von Stadtteilen wie „Kopftuch-Kalk“ und „Muslim-Mülheim“.

(Zuruf: Pfui! - Weitere Zurufe)

Aber Ihnen ist das egal.

Ich sage Ihnen: Meine Damen und Herren, diese Stadt könnte längst einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, wenn wir nicht die Kosten für das Migrationsdesaster zu tragen hätten.

(Beifall bei der AfD)

Wenn jemand wie Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die genau um diese Zusammenhänge weiß, Briefe an die Kanzlerin schreibt, dann sorgen Sie dafür, dass noch mehr Menschen in unsere Sozialsysteme einwandern.

Ihr Handeln ist sozialpolitisch fatal, finanzpolitisch verantwortungslos und integrationspolitisch desaströs.

Ihre Amtszeit und Ihr Name, Frau Reker, werden in die Stadtgeschichte eingehen und verbunden sein mit der massenweisen Migration von minimal qualifizierten muslimischen Minderleistern in unsere Sozialsysteme.

(Zuruf: Pfui! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie daher auf: Stimmen Sie gegen diesen Haushalt. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir werden selbstverständlich prüfen, welche Ihrer Aussagen justiziabel sind.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

**Walter Wortmann (Die FRAKTION):** Das war weiß Gott keine Steilvorlage. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für ein zukunftsgerichtetes Köln, eine smarte, enkeltaugliche, moderne europäische Metropole, Klimaneutralität, Mobilitätswende, attraktiven Stadtraum, beste Bildungschancen für alle und Digitalisierung - eben kein Sparhaushalt, sondern mutige Investitionen: So hieß in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes im August 2021.

Wer soll das verstehen? Ich frage mich, wie in aller Welt das zusammenpasst - sparen und mutige Investitionen -, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen: wirtschaftliche Rezession, sinkende Steuereinnahmen, Rückgang der Vollbeschäftigung, zunehmende Armut, quersubventionierte Konsummärkte, explodierende Immobilienpreise, unbezahlbare Mieten und zusätzlich natürlich die Einflüsse der Corona-Krise.

Köln ist als Metropole eine stark von diesen Bedingungen getroffene Stadt und hat durch Selbstverschulden einen deutlichen Vorsprung erzielt. Köln drückt der Schuh mit einem Schuldenstand von geschätzt 6 bis 7 Milliarden Euro; den exakten Betrag werden wir sicherlich noch in Erfahrung bringen. Dieser Schuldenberg wird weiter anwachsen. Wenn man die 2016er-Schätzungen der Verwaltung zum Sanierungsstau im Gebäude-, Brücken- und Straßenbestand bis 2040 glauben soll, haben wir weitere 16 Milliarden Euro vor der Brust.

Wir hätten uns von Ihnen gewünscht, dass Sie in aller Klarheit auf die desaströse Finanzsituation der Stadt hinweisen und hinter jede Ihrer Visionen ein deutliches Fragezeichen setzen. Das tun Sie nicht. Dieser Haushalt ist ein Weiter-so. Deshalb können wir ihm auch nicht zustimmen. Dabei hätten Sie es in der Hand, mit harten Einschnitten

## 11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 26

und weniger Selbstverliebtheit Mittel für die tatsächlichen Bedarfe zu schaffen.

Sparen ist ein Weg. Das allein wäre aber zu klein gegriffen. Ich will Ihnen einige Beispiele aufführen. Auf Klima, Verkehr, Bildung und andere kritische Dinge werde ich nicht Bezug nehmen; meine Vorredner haben sich weiland schon dazu geäußert.

Ich möchte Ihnen die Verzichte und Einschnitte, die uns vorschweben, an dem Beispiel der großen Kulturbauten beziffern:

- Die Historische Mitte. Das sind mindestens 200 Millionen Euro und mehr.
- Der Walraff-Anbau. Das sind mindestens 120 Millionen Euro. Im Übrigen dient er ja nicht alleine der Kunst, sondern dort will sich auch der Rat noch weiter sehen.
- Der Wiederaufbau und die Wiederaufbereitung der Stadtarchiv-Materialien. Ich will provokativ fragen: Ist es notwendig, dass wir über 1 Milliarde Euro für die Wiederaufbereitung dieser Archivalien in den nächsten 20 bis 30 Jahren einstellen?
- Die rechtsrheinischen Expansionsgelüste der Bühnen mit Depot 1 und 2.
- Die monströse Zentralbibliothek mit einem Volumen von über 100 Millionen Euro.
- Die überteuerten Museen-Interims.

Eine kritische Nacharbeit der Beschlüsse und auch ein Aus dürfen nicht ausgeschlossen werden. Das würde der Stadt heute und in den Folgejahren Milliarden sparen, Mittel für die tatsächlichen Bedarfe freistellen und sogar mittelfristig eine zaghafte Entschuldung ermöglichen.

Aber davon will die Mehrheit im Rat, zumindest die derzeit vorhandene Mehrheit im Rat, nichts wissen und hält selbstverliebt schützend die Hände über diese Kostentreiber. Sie tolerieren mit diesem Haushalt, dass den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr Geld aus der Tasche gezogen wird.

Es will auch nicht gelingen, das vom Rat vollmundig angestrebte Erbpachtrecht für städtisches Eigentum verbindlich umzusetzen. Im Gegenteil: Die Ratsmehrheit hat 2020 und 2021 bisher den Verkauf städtischer Liegenschaften massiv gesteigert. Gerade hier muss 2022 ein schneller Wechsel erfolgen. Die vorliegenden Ideen der Verwaltung zu einer neuen Erbpachtsatzung sehe

ich eher den Investoren geschuldet als den Bürgern und dem preisgünstigen Wohnen.

Folgende Großprojekte dürfen und müssen über diese Erbpachtsatzung gehandelt werden: Parkstadt Süd, Kreuzfeld, Rondorf-Nordwest und Mülheim/Deutz. Das alles muss im städtischen Eigentum und Besitz bleiben.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Bürgerhaushalt verlieren. Dieses für uns elementare Instrument ist völlig unter den Tisch gefallen. Nicht ein einziger Euro wurde letztes Mal in den Doppelhaushalt oder auch dieses Jahr in den Haushalt eingestellt. Wir werden diese Idee sicherlich wieder aufgreifen und gezielt mit Anträgen und Ideen auf Sie zukommen.

Nur mit dem Bürgerhaushalt haben Sie die Chance, auch die Bürger in die Pflicht zu nehmen. Das tun Sie nicht. Deshalb müssen Sie sich nicht wundern, wenn die Bürger frustriert, ungehorsam und politikverdrossen werden.

Wir lehnen diesen Haushalt also ab; denn ihm fehlen der Mut zur Wahrheit und die Bürgernähe.  
- Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Gabrysch, wünschen Sie das Wort? - Bitte.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Verwaltungsangestellte! Liebe Zuhörer\*innen und Zuschauer\*innen! Ich schließe mich natürlich an. Ich kann nur ansatzweise erahnen, was für eine Arbeit es ist, Jahr für Jahr so einen Haushalt zu erstellen. Ich habe den größten Respekt davor. Das möchte ich gerne vorweg sagen, weil von mir, wie sich alle denken können, natürlich eher Kritik kommt.

Ich möchte auch gerne betonen, dass ich auf jeden Fall sehe - und wenn ich „ich“ sage: ich spreche im Namen der KLIMA FREUNDE; das ist, glaube ich, mittlerweile auch klar -, dass viel passiert ist, dass sich einiges getan hat, dass einige wichtige Dinge erkannt wurden und dass einige wichtige Schritte gegangen wurden.

Allerdings ist - wir haben das eben gehört - der Klimawandel Realität. Ich möchte so weit gehen und sagen: Die Klimakatastrophe ist Realität. Das Wort „Klimawandel“ verharmlost das, was auf uns zukommt.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 27**

Es ist einfach so - wir können es den Berichten des IPCC entnehmen und auch anderen Berichten, die jüngst veröffentlicht wurden -, dass eine Klimaneutralität bis 2035 bei Weitem nicht ausreicht.

Der Haushalt mit seinen heute zu beschließenden Maßnahmen reicht eben auch bei Weitem nicht aus, um nachhaltig und ehrlich enkeltauglich, generationengerecht und zukunftsfähig zu sein.

Lieber Kollege Achtelik, es ist ja schön, dass die SDGs ausdrücklich angesprochen werden. Aber ein Ansprechen der SDGs reicht nicht aus, um das Ziel der Einhaltung und der Befolgung der SDGs dann auch wirklich mit Nachdruck durchzubringen. Bei den Worten hat man das Gefühl, dass hier schon viel geredet wird und viel angekommen ist, aber bei den Taten dann doch nicht.

Der Haushalt, der heute hier offensichtlich beschlossen werden wird, wird - ich denke, dass man das nach allem, was wir mittlerweile vorliegen haben, so sagen kann; das Bundesverfassungsgericht hat ja auch schon entsprechende Urteile gefällt - nicht Paris-konform sein. Ich bin einmal gespannt. Deutschland ist ja schon mehrfach von der EU verklagt worden. Ich habe das auch schon mehrfach gesagt. Ich hoffe inständig, dass wir die Kurve kriegen, bevor uns irgendjemand verklagt - uns, die wir hier sitzen. Denn wir sind diejenigen, die in der Verantwortung stehen, diese Dinge tatsächlich umzusetzen, die Gesetze zu befolgen und die Vorgaben einzuhalten.

Der Haushalt ist nicht generationengerecht. Es reicht nicht, keine Schulden in dem Sinne zu machen, dass hier auf dem Papier eine schwarze Null geschrieben wird. Noch nicht einmal das ist der Fall. Aber selbst wenn dort eine schwarze Null stünde, bedeutet das doch nicht, dass es generationengerecht ist.

Was ist denn mit den Klimafolgekosten? Was ist mit den Kosten, die heute schon in vielen Teilen der Welt durch unseren Lebensstil entstehen und getragen werden? Das muss doch alles mit eingerechnet werden.

Wir haben es vorhin gehört. Der Kollege von der FDP, Uli, hat uns ja vorgetragen, wie das mit den Corona-Folgekosten läuft. Gleiches gilt doch umso mehr für die Klima-Folgekosten. Da können wir doch nicht davon reden, dass das hier ein enkeltauglicher, generationengerechter Haushalt ist.

Gerne möchte ich auch noch das aufgreifen, was seitens der CDU gesagt wurde, nämlich, dass das eine Strategie ist, die seit Jahren verfolgt wird,

und dass es darum geht, Strukturen zu erhalten. Das ist ja genau das Problem. Das ist genau das, was uns nach Meinung der Klimagerechtigkeitsbewegung dahin gebracht hat, wo wir heute sind.

Natürlich müssen wir investieren. Natürlich geht es darum, die Wirtschaft am Leben zu halten und Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten oder auch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Standortsicherung ist superwichtig.

Aber das schaffen wir doch gerade nicht, indem wir die bestehenden Strukturen erhalten. Vielmehr müssen wir die bestehenden Strukturen resilient machen, klimaresilient machen und derart transformieren, dass sie zukunftsfähig sind.

Zum Thema Verkehrswende haben wir auch viel gehört. Wie ihr wisst, ist das eines der Steckpferde der KLIMA FREUNDE, ehemals DEINE FREUNDE. Ich möchte das jetzt nicht alles noch einmal wiederholen. Dazu fehlt mir in meiner begrenzten Redezeit auch die Zeit.

Was mir zum Beispiel fehlt, ist die Sicherheit. Sie ist kein einziges Mal erwähnt worden. Es muss doch darum gehen, nicht nur ein bisschen Farbe auf die Straße zu malen, sondern auch sichere Wege für Radfahrer\*innen, Fußgänger\*innen usw. zu schaffen. Da könnte ich jetzt eine ewig lange Liste vortragen. Aber das ist hier, glaube ich, auch nicht notwendig.

Stichwort „Ehrenamt“: Liebe CDU, es wurde gesagt, dass wir niemanden zurücklassen. Was ist denn mit den Wohnungslosen, mit den Obdachlosen, mit den Drogenabhängigen? Ich glaube schon, dass sie zurückgelassen wurden. Da kann man doch nicht sagen: Wir lassen niemanden zurück.

Was ist mit dem Brunnen, der auf dem Neumarkt gebaut werden soll? Die CDU hat tatsächlich die gesagt, dass dann, wenn wir da einen schönen Brunnen bauen, die Problemfälle dort verschwinden. Das kann es doch nicht sein.

Was ist mit den Flüchtlingen, die nicht aufgenommen wurden?

Nur am Rande: Tatsächlich habe ich gerade einmal dem Vorredner der AfD zugestimmt, indem ich gesagt habe, dass auch ich diesen Haushalt für nicht nachhaltig halte. Aber ich möchte ganz ausdrücklich sagen, dass ich diesen menschenverachtenden Worten natürlich in keinsten Weise zustimme. Das sei an dieser Stelle noch einmal ganz ausdrücklich gesagt.

(Vereinzelt Beifall)

## 11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 28

Was ist mit den Frauen in Not? Wir haben gerade einmal zwei Frauenhäuser in Köln; ein drittes kommt jetzt irgendwann. Das reicht bei Weitem nicht aus.

Was ist mit den Corona-Kranken, mit Kranken ohne Versicherungsschein? Wo sind die auf der Strecke geblieben? Da kann man doch nicht sagen, dass wir niemanden zurücklassen.

Was ist mit den traumatisierten und größtenteils auch entschulten Kindern und Jugendlichen? Davon war überhaupt nicht die Rede - auch nicht, wenn es hier um Soziales geht.

Was ist mit den Ehrenamtlern? Das Geld, das wir da zur Verfügung stellen, reicht bei Weitem nicht aus, um die Leistungen wertzuschätzen.

Sowieso wird, wie ich bereits sagte, die folgende Generation - -

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt)

- Ich komme gleich zum Schluss. - Unsere Forderung ist also pauschal - -

Natürlich - das Angebot steht seit einem Jahr im Raum - hätte ich mich gerne auch mehr eingebracht - und nicht nur ich, sondern auch viele andere Engagierte aus Bürgerinitiativen, die sich mit den Themen und auch mit Finanzierungsmöglichkeiten auseinandersetzen. Darauf wurde leider nicht eingegangen. - So viel zu der Argumentation: Wo bleibt der Gegenvorschlag?

Finanzielle Möglichkeiten sollten ausgeschöpft werden. Wir haben es vom Kollegen von der LINKEN gehört. Sparpotenziale sollten genutzt werden. Die Sinnhaftigkeit sollte hinterfragt werden - zum Beispiel vom Tunnelbau, zum Beispiel vom Brunnen am Neumarkt. Die Liste könnte noch ziemlich lange weitergeführt werden.

Stichwort „Digitalisierung“: Was bringt uns denn das ganze Geld, wenn es nicht nachhaltig ist? Wenn wir es jetzt machen, können wir es dann bitte sofort richtig machen und gleich nachhaltig machen? Digitalisierung ist etwas, was tatsächlich einen Großteil der CO<sub>2</sub>-Kosten verursacht.

An dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass es immer noch viele ungenutzte Fördergelder der EU gibt. Auch da würde ich mir wünschen, dass wir daran einfach noch mehr herangehen, wenn wir jetzt schon über Geld sprechen.

Als Letztes möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass Klima ein Metathema ist. Ich frage mich

ernsthaft, wie dieses Bündnis hier einen nachhaltigen Haushalt, einen zukunftsfähigen Haushalt hinbekommen möchte, wenn - Entschuldigung - der Kollege von der CDU es schafft, in seinem langen Redebeitrag tatsächlich kein einziges Mal das Wort „Klimaschutz“ in den Mund zu nehmen. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt spricht Herr Zimmermann.

**Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Tribüne und am Livestream! Wir werden auch in näherer Zukunft nicht Fahrrad fahren wie in Kopenhagen, wir werden kein 1-Euro-Ticket oder günstige Wohnungen wie in Wien haben, und wer versucht, einen neuen Personalausweis oder Wohngeld zu beantragen, merkt, dass wir in Sachen Digitalisierung nicht in Tallinn leben.

Doch Köln möchte sich immerhin auf den Weg machen. Das ist zu begrüßen. Dies werde ich auch mit meiner Zustimmung zum Haushalt ausdrücken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wer die Arbeit der vergangenen Jahre Revue passieren lässt, weiß, dass wir auch weiterhin versuchen, konstruktiv mitzuarbeiten. Das werden wir auch in dieser neuen Rolle machen.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir?)

- Ja. Ich bin Vertreter der Wählergruppe GUT Köln. Uns gibt es noch, natürlich.

Zustimmung ja - aber nicht ohne Kritik. Denn das, was ihr politisch verändert habt, ist heruntergebrochen auf einzelne Kölnerinnen und Kölner, auf einzelne Haushalte und auf einzelne Unternehmen doch recht wenig. 1 Million Euro klingt viel, bedeutet aber in einer Millionenstadt eben auch nur 1 Euro pro Person. So bekommen wir weder genug Wohnraum geschaffen noch Solarpaneele auf jedes Dach.

Klar ist aber auch: Wenn diese Wende zu einer nachhaltigen Stadt gelingen soll, geht dies natürlich nur mit Unterstützung durch Land und Bund und vor allem auch durch den Abbau bürokratischer Hürden gerade im Bereich Energiewende.

**11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 29**

Wir können mit wenig Geld viel erreichen oder mit viel Geld wenig erreichen. Es liegt an uns. Der Schlüssel ist dazu unser Wille. Doch wie stark ist unser Handeln - und hier schließe ich die Verwaltung ausdrücklich mit ein - durchdrungen von dem Willen, eine ökologische, soziale und nachhaltige Stadt zu bauen?

Ist dies wirklich bei jedem hier sein ernstes persönliches Anliegen? Ich habe da meine Zweifel. Aber wir geben nicht auf und versuchen weiterhin unser Bestes, alle in dieser Stadt davon zu überzeugen.

Gute Beschlüsse, selbst wenn sie ausreichend finanziert sind, bringen nichts, wenn sie nicht mit einem starken Willen umgesetzt werden.

Ein Wort zu den neuen Mitgliedern hier im Rat: Haltet euch nicht am Klein-Klein auf, sondern stellt wichtige Weichen - im Klimaschutz, im Wohnungsbau, in der Kultur, in der Bildung. Und lasst euch nicht erzählen, dass manche Dinge nicht gehen. Feiert nicht 500 Meter neuen Radweg, sondern schmeißt die Autos aus der Stadt.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich ist ein 1-Euro-Ticket in Köln möglich. Natürlich können wir deutlich mehr sozialen Wohnungsbau realisieren. Natürlich können wir auch mehr Gesamtschulen bauen. Die Mehrheiten für so ein ökologisches, progressives, im besten Sinne modernes Köln sind da. Wir sollten diese Mehrheiten nutzen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich gefragt würde, wie es hier im Rat so läuft, gerade auch von anderen Städten, dann würde ich einmal sagen: Na ja. Es ist so wie überall; wir haben Probleme mit der Verkehrswende, der Klimaschutz geht nicht richtig voran etc.

Was mich aber heute besonders stolz macht, gerade an diesem Datum - das möchte ich zum Schluss auch noch einmal ausdrücklich erwähnen -, ist dann doch unsere recht deutlich ausgeprägte Willkommenskultur, unser geschlossenes gemeinsames Eintreten gegen rechts. Ich möchte an dieser Stelle allen recht herzlich danken, die in diesem Bündnis gegen rechts stehen. Mit „allen“ meine ich ausdrücklich alle von der Antifa über das NS-Dokumentationszentrum bis hin zu den zahlreichen Initiativen. Herzlichen Dank dafür! Das ist etwas, was mich wirklich froh macht, in Köln zu leben. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, damit haben wir die Haushaltsreden gehört.

Da der Antrag unter Tagesordnungspunkt 1.1 zurückgezogen wurde, rufe ich jetzt direkt auf:

**8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**8.1 GbR Historische Mitte - Nachbesetzung Lenkungsreis  
3420/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu:

**9 Stellenpläne**

Ich gehe davon aus, dass es zu den Tagesordnungspunkten unter TOP 9 keine Wortmeldungen gibt, lasse aber selbstverständlich über die einzelnen Stellenpläne abstimmen.

Tagesordnungspunkt

**9.1 Stellenplan für das Jahr 2022  
2862/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD und der SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**9.2 Stellenplan 2022 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln  
2578/2021**

Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022  
2974/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2022  
2976/2021**

## 11. Sitzung vom 9. November 2021 Seite 30

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2022 2964/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf:

### **10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2022 ein- schl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2025 3338/2021**

Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, Volt und die Oberbürgermeisterin. Wer stimmt dagegen? - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch, die FDP, Die FRAKTION und die AfD. Enthaltungen kann es eigentlich nicht mehr geben. Ich frage trotzdem, falls ich jemanden übersehen habe: Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dem Haushalt zugestimmt. - Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,  
bei der CDU und bei Volt)

Da für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung keine Tagesordnungspunkte vorgesehen sind, entfällt der nichtöffentliche Teil.

Ich schließe damit die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Mittagszeit. Wir sehen uns heute Nachmittag wieder.

(Schluss: 12.00 Uhr)